

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdkunde und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Vorwärts“ Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 11. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Komposition...

Einlesen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei...

Kritische Zuspitzung in Genf.

Brazillen fordert kategorisch einen ständigen Ratsitz.

V. Sch. Genf, 10. März. (Eig. Drahtber.)

Die Situation ist plötzlich außerordentlich kritisch geworden. Die nichtoffizielle Besprechung der zehn Ratsmächte am Nachmittag beim Generalsekretär Sir Eric Drummond dauerte bis nach 8 Uhr abends.

Wie nicht anders zu erwarten war, gab der schwedische Vertreter Genosse Lundén nicht nach und lehnte entschieden ab. Er wandte sich deshalb scharf gegen die spanische Forderung. An sich war diese Stellungnahme vorzuziehen, und man hatte sich bereits im Lager der Engländer, der Franzosen und der Italiener darauf mehr oder minder schweren Herzens eingerichtet.

Angesichts des schwedischen Widerstandes, der von den neutralen Nationen lebhaft unterstützt wird, schien der Fall bereits im Sinne Deutschlands entschieden zu sein, wobei wir dahingestellt sein lassen, ob dieser „diplomatische Sieg“ der deutschen Delegation dem deutschen Volke mehr Nutzen als Schaden auf die Dauer eingebracht hätte.

Aber nun ereignete sich etwas Unerwartetes: der brasilianische Vertreter Mello Franco erhob sich und verlangte offiziell einen ständigen Ratsitz für sein Land. Er erklärte, daß ihm die Verpflichtungen, die andere Mächte in Locarno übernommen hätten, ganz gleichgültig seien. Diese Verpflichtung, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen und ihm einen ständigen Sitz zu gewähren, mögen Frankreich, England, Belgien usw. ruhig erfüllen. Brasilien aber wisse nichts davon, habe sich zu nichts verpflichtet und habe daher freie Hand.

Der Gedanke, daß das ganze Werk von Locarno in letzter Stunde durch einen Staat zerschlagen werden könnte, der 6000 Kilometer von Europa entfernt liegt, ist so toll, daß der gesunde Menschenverstand diese Vorstellung nicht zu erfassen vermag.

Der Standpunkt des Herrn Mello Franco beweist übrigens, daß selbst, wenn man den spanischen Wunsch erfüllt hätte, damit nichts gewonnen gewesen wäre, sondern daß die Brasilianer dann erst recht für sich das gleiche „Großmachtsvorrecht“ in Anspruch genommen hätten.

Dieser neue Zwischenfall bildet übrigens eine geradezu klassische Rechtfertigung der Haltung, die die sozialdemokratische Regierung Schwedens von Anfang an eingenommen hat, indem sie ihre Stimme gegen jede Vermehrung der permanenten Ratsitze erhob. Genosse Lundén hat seinen Standpunkt mit einer Konsequenz vertreten, die um so bewundernswürdiger ist, als er von Chamberlain im Stich gelassen wurde. Der brasilianische Vorstoß beleuchtet blühartig die Folgen des schweren Fehlers, den Chamberlain begangen hat, als er sich verpflichtete, für Spaniens Wünsche einzutreten.

Quinones de Leon dürfte durch diesen Vorstoß von Mello Franco unangenehm überrascht worden sein, denn dadurch wird die Forderung Spaniens ad absurdum geführt und ihre Aussichten auf Verwirklichung sind infolgedessen noch mehr gesunken.

Indessen fühlte sich der spanische Vertreter verpflichtet, die Erklärung Mello Francos zu unterstreichen, ohne jedoch mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß auch er gegen den deutschen Ratsitz zu stimmen beabsichtige. Jedenfalls wird jetzt mit der Möglichkeit stark gerechnet, daß sogar zwei Staaten durch ihr Veto die ganze Locarno-Politik und damit auch den ganzen Völkerbund in Stücke schlagen!

Es ist wohl nicht uninteressant, in diesem Zusammenhang festzustellen, daß Brasilien zwar durch die Locarno-Verträge nicht gebunden ist, daß es aber bei der Rundfrage, die das Kabinett Marx im Herbst 1924 bei den Ratsmitgliedern veranstaltete, um deren Stellungnahme zu dem Eintritt Deutschlands kennenzulernen, eine Antwort erteilte, in der es hieß, daß es im Prinzip mit einem permanenten Ratsitz für Deutschland einverstanden sei. Kein Mensch konnte damals annehmen, daß hinter dieser üblichen Formel (im Prinzip) der Hintergedanke stecken könnte, Vorbehalte von dieser Art im entscheidenden Augenblick zu machen, und auch für Brasilien einen permanenten Ratsitz zu beanspruchen.

Allgemein wird bedauert, daß die heutigen Verhandlungen in Abwesenheit Briands geführt worden sind. Denn, so wird vielfach zum Ausdruck gebracht, der brasilianische Vertreter hätte niemals gewagt, so rabiat in Gegenwart eines Mannes von der internationalen Autorität Briands aufzutreten. Wenn überhaupt noch eine Hoffnung auf Beilegung dieses verhängnisvollen Zwischenfalls besteht, so liegt sie in der Rückkehr Briands am morgigen Tage und in dem Gefühl, daß eine solche Zerstörung der Ergebnisse der europäischen Politik zu sinnlos wäre, als daß die Welt sie begreifen oder gar dulden würde.

Spaniens Anspruch.

Stille Vereinbarungen seit dem Jahre 1921?

Genf, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Der spanische Delegierte Quinones de Leon hat in einem Brief an das „Journal de Geneve“ betont, daß die Kandidatur Spaniens für einen ständigen Sitz ganz unabhängig von der Aufnahme Deutschlands schon 1921 aufgestellt worden sei. Damals hätten Frankreich und Großbritannien dafür gestimmt. Seitdem habe die stillschweigende Vereinbarung bestanden, daß Spanien den ständigen Sitz erhalten solle, sobald aus irgendeinem Grunde die Zusammenlegung des Rates eine Änderung erfahre. Dieser Augenblick sei jetzt gekommen, und deshalb besähe Spanien auf der Erfüllung seines Wunsches und würde sich in seiner Würde verletzt fühlen, wenn ihm der ständige Sitz verweigert werden sollte.

Die Einzeichnungen am Mittwoch.

Die Einzeichnungen zum Volksbegehren haben gestern, wie zu erwarten war, nachgelassen. Die vorliegenden Ergebnisse lassen darauf schließen, daß die gestrigen Eintragungen etwa die Hälfte der Einzeichnungen vom Dienstag ausmachen.

Es liegen vor:

Table with 3 columns: Day, Location, Number of signatures. Includes Prenzlauer Berg and Friedrichshain.

Table with 3 columns: Day, Location, Number of signatures. Includes Wedding.

Es trugen sich in (abgerundeten) Prozentlagen der sozialdemokratischen und kommunistischen Wähler bis Dienstagabend ein in den Bezirken:

Table with 2 columns: District and Percentage. Lists various districts like Kreuzbän, Adpsch, Treptow, etc.

Hieraus ergibt sich, daß in Groß-Berlin erst vier Bezirke zwei Drittel der Zahl der sozialdemokratischen und kommunistischen Stadtverordnetenwähler überschritten und fünf Bezirke die Hälfte noch nicht aufgebracht haben.

In der Beilage befindet sich ein Verzeichnis der Eintragungstellen in Berlin. Wir bitten alle Leser, es auszunutzen und bis zum Schluß der Einzeichnungsfrist aufzubewahren!

Um den Abbau der Steuern.

Forderungen der Sozialdemokratie.

Der Reichstag hat nach zweitägiger Debatte das Steuermilderungsgezet der Regierung, sowie die Anträge der Parteien zur Steuerfentung dem Steuerauschuß überwiesen. Er wird am kommenden Mittwoch seine Beratungen beginnen, deren Verlauf und Ergebnis durchaus ungewiß sind. Denn im Gegenzug zu der freundlichen Aufnahme, die die ersten Ankündigungen der Reichsregierung über die Milderung des Steuerdrucks gefunden haben, macht sich jetzt sowohl in den Rechtsparteien, als auch bei den Regierungsparteien eine scharfe Kritik bemerkbar.

Bei den Deutschnationalen ist sie rein demagogisch, in ihrer Presse sogar persönlich gehässig gegen den Finanzminister Dr. Reinhold gerichtet. Diese Herrschaften können es nicht ertragen, daß nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung Steuern ermäßigt werden, nachdem sie im Gefolge des deutschnationalen Finanzministers alle Anträge auf Steuerermäßigung niedergestimmt haben. Vor allem aber paßt ihnen auch nicht, daß die Umsatzsteuer ermäßigt werden soll, während die Einkommensteuer und die Ertragssteuern unverändert bleiben. Dabei werden sie unterstützt von einigen Regierungsparteien, die bei dieser Gelegenheit ihre Sonderwünsche durchzusetzen trachten.

Auf der anderen Seite stehen die Kommunisten. Ebenso wie die Deutschnationalen haben sie zahllose Anträge eingebracht, deren rein agitatorischer Charakter von ihnen nicht bestritten wird. Sie leben in der Beratung von Steuerfragen nicht in erster Linie die Möglichkeit, das Los der arbeitenden Massen zu erleichtern, sondern nur eine willkommene Gelegenheit, jeder Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, ohne nach der Wirkung ihrer Politik zu fragen. Deshalb haben sie, obwohl Handlungen des neuen Finanzministers überhaupt noch nicht vorliegen, einen Mißtrauensantrag gegen ihn eingebracht. Zu 50 Proz. fanden sie dabei die Unterstützung der Deutschnationalen, die sich der Stimme enthielten. Die Sozialdemokratie hat den Mißtrauensantrag abgelehnt. Nicht um die Regierung zu stützen, oder um dem Finanzminister ihr Vertrauen zu betunden, sondern lediglich deshalb, weil der Reichstag bzw. die Parteien durch Zustimmung oder Ablehnung der Finanzpläne Gelegenheit zu einer positiven Stellungnahme haben werden.

Eingeteilt zwischen die deutschnational-kommunistische Demagogie wird deshalb die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Steuerberatungen keine leichte Aufgabe haben. Aber wie bisher, so wird sie auch diesmal sich nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen und alles tun, um die Interessen der werktätigen Massen zu schützen. Daher ist ihr die Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der Regierung nicht möglich, da es neben der Herabsetzung der Umsatzsteuer auch die Herabsetzung der Vermögenssteuer vorsieht. Kost größer freilich ist der Gegenatz zwischen den Absichten der Sozialdemokratie und den Absichten derjenigen Regierungsparteien, die eine noch weitergehende Verminderung der Belastung des Bestes, vor allem durch Ermäßigung der Einkommensteuer, erstreben.

Die Sozialdemokratie hat sich bisher an dem Wettlauf der Parteien zur Steuerfentung nicht beteiligt. Das ist keine Billigung des bisherigen Steuersystems, insbesondere keine Billigung der ungleichen Verteilung der Steuerlasten und der Schonung des Großbesitzes. Das letztere aber ist mehr ein Problem der Verwaltung und der Ausführung der Befehle, als der Gesetzgebung selbst. Für die Sozialdemokratie steht deshalb auch jetzt die Frage im Vordergrund: Können die Steuerlasten ermäßigt werden, ohne daß die sozialen Anforderungen an das Reich eingeschränkt werden müssen? Nur soweit das möglich ist, wird die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zur Ermäßigung von Steuern geben können. Angesichts der großen Notlage weiter Kreise der deutschen Bevölkerung würden sonst die Nachteile einer Steuerermäßigung größer sein als ihre Vorteile. Außerdem darf die Steuerfentung weder das mühsam hergestellte Gleichgewicht im Haushalt des Reiches gefährden, noch die Durchführung eines großen Wohnungsbauprogramms erschweren.

An diesem Standpunkt kann die Sozialdemokratie um so eher festhalten, als die Senkung der Lohnsteuer ohnedies gesetzlich vorgesehen ist. Unter dem Einfluß der Sozialdemokratie ist im vergangenen Sommer das Gesetz zustande gekommen, das den Ertrag der Lohnsteuer auf 100 Millionen Mark monatlich begrenzt. Wird dauernd dieser Betrag überschritten, so muß eine Ermäßigung der Lohnsteuer eintreten. Auf Grund dieses Gesetzes ist die steuerfreie Grenze zum 1. Januar 1926 von 80 auf 100 W. monatlich erhöht worden. Sobald bei besseren Wirtschaftsverhältnissen der Ertrag der Lohnsteuer über 100 Millionen Mark monatlich steigt, muß erneut eine Ermäßigung der Lohnsteuer eintreten. Mit ihr ist also ohnedies im Laufe des Jahres 1926 zu rechnen. Hält jedoch die Regierung an der Senkung der Vermögenssteuer fest und findet sie darin die Billigung der Mehrheit des Reichstags, so muß jetzt bereits ein Ausgleich dafür durch Ermäßigung der Lohnsteuer

Briands künftiger Kurs.

Minister Malby — das rote Tuch für die Reaktion.

Paris, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Von dem neuen Ministerium Briand läßt sich einstweilen nur das eine sagen, daß die Schnelligkeit seiner Konstituierung einen Rekord darstellt. Briand, der offensichtlich in erster Linie von dem Gedanken beherrscht war, so rasch wie möglich nach Genf zurückzukehren, hat bei der Auswahl seiner Mitarbeiter auf jede politische Dosierung verzichtet. Er hat, wie bereits gemeldet, im ganzen nur drei Parteimitglieder neu befehlt. Aber auch diese Modifikation gibt über die politische Beschaffenheit des neuen Kabinetts nur geringen Aufschluß. Briand hat sich zwar bei ausgesprochenen parteilich gerichteten Mitgliedern des gestürzten Ministeriums entschieden, ihre Nachfolger aber haben der Freude der Reaktion über die Ausschiffung der als „herriottisch“ verschrienen Chautemps, Renoult und Daladier einen starken Dämpfer aufgesetzt. Die neuen Minister Malby und Lamouroux waren in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende und Berichterstatter der Finanzkommission, wenigstens in der ersten Phase des parlamentarischen Kampfes um die Sanierungsmaßnahmen, die schärfsten Gegner der Regierungsvorlage, und wenn sie auch zuletzt sich zu einem Kompromiß mit Doumer bereitgefunden haben, so hat doch das von ihnen gezeichnete Gegenprojekt der Kommission das mit den finanziellen Konzeptionen des Herrn Doumer stark vorbelastete Kabinetts Briand zu Fall gebracht. Malby besonders, der seinerzeit Clemenceau gleich Gaillaud durch den Senat wegen angeblichen Hochverrats zu langjähriger Verbannung hatte verurteilen lassen, ist für die gesamte Rechte ein rotes Tuch, und seine Bekanntschaft mit dem Ministerium des Innern dürfte die Reaktion dem neuen Kabinetts Briand kaum veröhnlicher stimmen. Allerdings wäre es verfehlt, daraus auf einen ausgesprochenen Linkskurs des neuen Ministeriums schließen zu wollen. Denn die Berufung Berets zum Finanzminister ist ein unzweideutiger Beweis dafür, daß Briand für das auch in den nächsten Wochen noch immer im Vordergrund der politischen Debatte stehende Finanzproblem auf die Unterstützung der gemäßigten Mittelgruppen zählt.

Die tschechische Koalition wankt.

Den Sozialdemokraten wird sie lästig.

Prag, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die in der tschechoslowakischen Regierungsmehrheit, der sogenannten „nationalen Koalition“, bestehenden Gegensätze beginnen wirksam zu werden. In einer Konferenz der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Parteiführer wurde hervorgehoben, daß die Agrarpartei die innerpolitische Lage durch ihre ultimative Forderung nach festen (statt der gleitenden) Getreidezöllen außerordentlich verschärft hat und daß Ministerpräsident Swehia immer mehr unter den Einfluß der Rechten gerate. Hinter dem Rücken der tschechischen Sozialdemokraten verhandelt er mit den slowakischen Merkanten über deren Eintritt in die Regierung. Lebhaftige Klage wurde darüber geführt, daß der agrarische Unterrichtsminister die fortschrittlichen und sozialistischen Beamten aus dem Unterrichtsministerium beseitigt und die Reform des Schulwesens auf Wunsch der Merkanten hintertreibt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die reaktionäre nationaldemokratische Partei diese Vorgänge mit Freude begrüßt und daß auch die tschechischen Nationalsozialisten immer mehr einem Bürgerblock zustreben. Infolgedessen wird im Parlament mit der Möglichkeit eines Austritts der tschechischen Sozialdemokraten aus der Regierung geredet, wodurch die Regierungskoalition ihre Mehrheit verlieren würde. Man spricht daher von der Möglichkeit einer Demission des Kabinetts und der Aufschreibung von Neuwahlen. Allerdings ist auch damit zu rechnen, daß noch im letzten Augenblick die jetzt drohende Parlamentskrise vermieden wird.

Fälschersuche in München.

Durch französische Polizisten.

München, 10. März. (W.Z.) Zu der Blättermeldung, daß in München ein Delegierter der Bank von Frankreich und ein französischer Polizeioberkommissar von Budapest kommend eintrafen, um aufzuklären, ob das für die falschen Tausendfranknoten verwendete Papier aus München stamme oder durch eine Münchener Persönlichkeit beschafft worden sei, wird von maßgebender Stelle bestätigt, daß die französischen Persönlichkeiten in München eingetroffen sind. Sie haben der Polizeidirektion ihre Wünsche bezüglich der Erhebungen vorgetragen, denen entsprochen werden wird. Dagegen seien die Angaben, in welcher Richtung die Erhebungen angestellt werden sollten, unrichtig. Im gegenwärtigen Zeitpunkt könne aber hierüber nichts gesagt werden.

Die Verschiebung der Druckplatten.

Budapest, 10. März. (W.Z.) Auf eine ihr in der Frontfälschungsaffäre gemachte Anzeige hin nahm die Polizei den Studenten der Medizin Wladislaus Szendeg in Gewahrsam, der bei seinem Verhör gestand, im Jahre 1923 von einem Bekannten ein verpacktes Paket zur Aufbewahrung erhalten zu haben. Als die Frontfälschungsaffäre bekannt wurde, druckte er aus Neugier das Paket und fand darin zwei Frankfurter, die er bei einem Freunde in der Provinz deponierte. Darüber, von wem er die Fälscher erhalten und wem er sie weitergegeben hat, verweigerte Szendeg jede Auskunft.

Barmat im Lazarett.

Korrespondenz B.S. teilt mit: Julius Barmat ist am gestrigen Mittwoch vormittag vom Untersuchungsgefängnis nach der Charité übergeführt worden, wo ihn Geh. Rat Kraus einer eingehenden Untersuchung unterzog. Die Feststellungen des Geh. Rats Kraus werden der Kammer im Laufe des Donnerstag übermittelt werden. Julius Barmat wurde nach der Untersuchung wieder nach Moabit zurückgebracht, wurde aber hier in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses eingeliefert, während er bekanntlich bisher in einer Zelle untergebracht war.

Winzer und Weinsteuer.

Am Reichstagsauschuss für die Rotlage der Winzer erklärte ein Vertreter des Finanzministeriums, daß die Reichsregierung unter keinen Umständen in eine völlige Aufhebung der Weinsteuer einwilligen könnte, weil dadurch der Fonds zur Unterhaltung der Winzer, der aus Mitteln der Weinsteuer besteht, wegfallen würde und eine andere Möglichkeit, Mittel für diese Zwecke bereitzustellen, der Regierung nicht verbleibe.

Der frühere Breslauer Bürgermeister Dr. Hans Trenska ist in der vergangenen Nacht im Alter von noch nicht ganz 60 Jahren gestorben. Als aufrechter Demokrat von wahren, sozialem Empfinden genoss er auch in der Arbeiterkammer viele Sympathien.

Aufgaben des Reichsinnenministers.

Programmreden im Reichstag.

Der Reichstag beriet gestern über den Haushalt des Innern.

Berichterstatter Abg. Schreiber (S.) Der Ausschuss beantragt die Erhöhung einiger Ausgaben für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke, ferner mehrere Entschlüsse zur Verwaltungsreform und zur Vereinfachung der Verwaltung, zur Unterstützung der notleidenden Künstlerkassen, zur Förderung des Turn- und Sportwesens und an Stelle der Technischen Ratskassen eine andere Sicherung der Notstandsversorgung, vor allem durch ein wirksames Schlichtungs- und Schiedsverfahren und durch den Abschluß von Notstandsverträgen bei besonderer Sicherstellung der Arbeits- und Existenzbedingungen der mit lebenswichtigen Arbeiten Beschäftigten und schließlich die Beseitigung aller verfassungswidrigen Hemmnisse bei der Durchführung des Volksbegehrens.

Reichsinnenminister Dr. Kull

gibt von seiner grundsätzlichen Einstellung zu den Arbeiten seines Amtes folgende Darstellung: Das Ziel sei, den Staat zu festigen auf der Grundlage der Verfassung. Daraus ergäbe sich auch das Problem des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Verfassungsgemäß sei Deutschland ein Bundesstaat. Föderalismus und Unitarismus seien keine Gegensätze. Die Staatlichkeit der Länder sei historisch gegeben, sie müsse sich aber einleihen in das Energiezentrum des Reichs. Wie zuvor sei eine solche Zusammenfassung so notwendig gewesen, wie jetzt. Bei den jetzigen Umwälzungen in der Welt muß jedes Land ins Hintertreffen geraten, das nicht alle seine Kräfte innerlich zusammenfasse. Das Unglück von 1918 habe uns erst äußerlich, aber noch nicht innerlich zusammengeschlossen. Ohne zwingende Notwendigkeit dürfe die Verfassung nicht geändert werden. Die republikanische Staatsform sei gesichert, aber sehr langsam entwickelten sich alle Deutschen zu Staatsbürgern. Bei der Kritik des Parlamentarismus vergißt man, daß auch Monarchien den Parlamentarismus hoben, daß wir ihn in Zeiten der Not bekommen hätten und daß er ungeheure Aufgaben zu lösen habe. Die Abgeordneten müßten sich als Vertreter des Volkes und weniger als Vertreter der Parteien fühlen und in enger persönlicher Fühlung miteinander arbeiten. Es komme nicht auf die Reform des Wahlrechts, sondern auf die Tätigkeit der Abgeordneten an. Der Bedarf an Regierungskräften sei gedeckt. (Sehr richtig!) Ohne Treue der Beamten zu dem Staat sei eine Festigung der Staatsautorität nicht möglich. Dazu gehöre ein gutes Funktionieren des staatlichen Organismus.

Ein Ausgleich zwischen den Interessen von Reich, Ländern und Gemeinden und eine Vereinfachung der Verwaltung sei notwendig.

Festigung des Staatsgefühls, Kulturpolitik zu treiben, das seien die großen Aufgaben des Innenministeriums. Nach dem Rückschlag des kulturellen Lebens durch den Krieg müßten jetzt alle Zweige der Wissenschaft, der Erziehung und der geistigen und körperlichen Bildung, aber auch die internationalen, wissenschaftlichen Beziehungen gefördert werden. Hierin gehören auch die Arbeiten des Reichsgesundheitsamtes, die vom Reichstag planmäßig gefördert werden müßten. Der Alkoholverbrauch müsse energisch bekämpft, eine wesentliche Einschränkung des Alkoholverbrauchs erzielt werden. Eine Ueberzahl von Schantstätten sei vom Uebel, die Konfessionierung neuer Schantstätten müsse scharf gehandhabt werden. Immer größere Teile der deutschen Jugend erkennen, daß Turnen und Sport geeignete Mittel zur körperlichen und sittlichen Erziehung sind, als Schium und Jazzbandtänze. (Beifall.)

Es ist zu hoffen, daß die Aufnahme in den Bäderbund die geistige Zusammenarbeit mit anderen Nationen fördert und auch das kulturelle Schicksal unserer deutschen Minderheiten erleichtert. Dem Reiche liege jede kulturelle Unterdrückung der in seinem Staatsgebiet wohnenden Minderheiten fern. Der Minister versicherte zum Schluß, daß er seine ganze Kraft in den Dienst dieser Arbeit stellen werde. (Beifall.)

Abg. Solmann (Soz.):

Wenn wir uns die für den Kulturbereich vorgesehenen Summen im einzelnen ansehen, dann finden wir, daß die Ausgaben für Kulturzwecke noch außerordentlich gering sind. Im ganzen sind dafür nur 18 Millionen eingelegt. Was will das bedeuten gegenüber einem Gesamteinkommen des Reichs von 9 Milliarden Mark! (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist die gleiche Summe, die die Reichsmehrheit für Kraftwagen und Pferde braucht. Für die Technische Ratskassen sind 2.850.000 M. eingelegt, für das Reichsgesundheitsamt nur 1.330.000 M. Zur Förderung der Volksgesundheit sollen 500.000 M. ausgegeben werden, dagegen braucht die Reichsmarine für Verbelegung und Kraftwagen 650.000 M! (Hört, hört! bei den Soz.) Wir unterstreichen alles, was der Minister über die Förderung der Wissenschaften gesagt hat. Im Gegensatz dazu steht aber die Tatsache, daß die deutschen Hochschulen noch immer einen ganz entschiedenen und brutalen Klassencharakter tragen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Unter den 31.000 Studenten der preussischen Universitäten befinden sich im ganzen 425 Kinder von Arbeitern. (Hört, hört!) kaum 1,3 Proz. der deutschen Studenten entstammt der deutschen Arbeiterkategorie! Aus den Kreisen der selbständigen Gewerbetreibenden kommen 8327 Studenten! Das macht den Klassencharakter der Universitäten ganz deutlich, die doch aus den Mitteln des ganzen Volkes unterhalten werden.

Wir haben vom Minister nur allgemeine Andeutungen über die Verwaltungsreform gehört. Nehliche Worte hat im vorigen Jahre auch der damalige Minister Schiele ausgesprochen. Ich hoffe, daß nunmehr diese Versprechungen Wirklichkeit werden, und daß die Vorlagen vor den Reichstag kommen. Wir erwarten auch, daß endlich die Forderung verwirklicht wird, die wir schon in der Nationalversammlung erhoben haben, nämlich die Schaffung einheitlicher Grundlagen für die Laufbahn aller Reichsbeamten.

Im Ausschuss hat der Minister Richtlinien für seine Beamtenpolitik vorgelegt, denen wir zustimmen können. Heute hat er sich nicht ganz so klar und energisch wie damals ausgesprochen. Ich würde es bedauern, wenn von der ersten Frische und Energie schon einiges abgeflaut wäre. (Auf-links: Er ist schon zu lange Minister!) Auch nach seiner Auffassung sollen die Beamten sich mit dem Staat innerlich verbunden fühlen. Ich glaube, daß die Beamten, die noch immer, 7 Jahre nach der Umwälzung, kein inneres Verhältnis zu dem Staat, der sie bezahlt, gefunden haben, dem Gedanken des Berufsbeamtentums den stärksten Schaden zufügen. Der Minister sollte seinen guten Worten nicht nur im Reich, sondern auch in den Ländern Nachdruck geben.

Wir müssen vom Reichsminister des Innern verlangen, daß er seinen Einfluß auch auf die politische Gewalthandhabung in den Ländern geltend macht.

Dieser Einfluß ist so leider noch sehr gering, er ist umgekehrt vielfach noch viel stärker. Der bayerische Minister des Innern hat gegenüber den Kommunisten ausgeführt, daß eine Partei, die zugunsten der Arbeiter ihre Ziele durch Hochverrat zu erreichen suche, an den Vorrechten des Staates nicht teilnehmen könne. Damit wird also eine große Partei außerhalb des Staates gestellt. Ein solcher Standpunkt widerspricht der Reichsverfassung. Auch in anderen Ländern kommen solche Dinge vor. In Tübingen ist ein Student der Philosophie wegen der Einladung zu einem kommunistischen Vortrag auf zwei Jahre von der Universität verwiesen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf eine Reihe von Fragen, die wir im Ausschuss gestellt haben, hat der

Minister überhaupt nicht geantwortet. Wie steht es mit dem Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung? Auf eine weitere Hinausschiebung dieses Gesetzes können wir uns unter keinen Umständen einlassen. Es sind schon vor Monaten Gerüchte aufgetaucht, daß auf Grund des Artikels 48 die Wahlreform dem Volk auktioniert werden solle. Wir haben jetzt ernste Mitteilungen erhalten, wonach noch immer in maßgebenden Kreisen mit diesem Gedanken gespielt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir ersuchen den Minister, klar und unambiguös sich zu dieser Frage zu äußern.

Wir lassen keine Zweifel darüber, daß wir die Aufzwingung einer Wahlreform auf Grund des Artikels 48 geradezu als verbrechenähnlichen Akt, als eine Revolution von oben ansehen und dagegen die entsprechenden Maßnahmen auch außerhalb des Parlaments ergreifen werden.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erwarte, daß der Minister in einer offiziellen Erklärung diese Pläne weit von sich weist und ich hoffe, daß er das auch im Namen des Reichspräsidenten und des Reichspräsidenten tun wird. Gegen eine Neueinteilung der Wahlkreise und technische Verbesserungen werden wir uns nicht wenden; aber wir werden alle Mittel anwenden, um zu verhindern, daß man Millionen das Wahlrecht nehmen will. Wir halten die Kritik an dem jetzigen Wahlrecht für übertrieben. Wir dürfen auch keine Verringerung der Zahl der Mitglieder des Reichstags anstreben. Deutschland hat von allen Ländern das kleinste Parlament. Die Verringerung der Abgeordnetenzahl würde zur Ueberlastung der Abgeordneten führen, die jetzt schon viel arbeiten. Das wäre auch eine Sparmaßnahme am falschen Platz. Bei dem Gesamteinkommen von 7 Milliarden erfordert der Reichstag nur eine Ausgabe von 6½ Millionen. Es ist kennzeichnend, daß alle die Herren, die soviel über den Abbau des Parlaments sprechen, nicht den Mut finden, über den Abbau der Vielfalt der deutschen Parlamente zu reden. Dieselben Leute, die den Abbau der Volkstammer verlangen, fordern ein neues Oberhaus, also ein neues Parlament, wie es die Deutschen in ihrem Antrag tun. Sie wollen damit wieder das alte preussische Herrenhaus auflieben lassen. Dieser Antrag bedeutet eine Kampfansage gegen die Demokratie, einen Versuch, den Grundgedanken der Demokratie, wonach die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, zu durchlöchern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die monarchistische Opposition hat begannen, sich auf dem Boden des heutigen Staates zu stellen. Es kommt ihnen viel weniger auf die Staatsform, als auf den Staatsinhalt an. Sie wollen darin die Herrschaft der Bestehenden stabilisieren. Diese Entwicklung zur Anerkennung der Staatsform ist natürlich, aber man täuscht sich doch sehr darüber, wenn man glaubt, daß die Massen allein die formelle Demokratie und die republikanische Staatsform erstreben. Es kommt für Sie darauf an, in diesem Staat den entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

Mit Scheinrechten und Scheindemokratie geben die Massen sich nicht zufrieden. Die deutsche Republik kann im zwanzigsten Jahrhundert nur als soziale Demokratie bestehen. Solange die Klassenunterschiede da sind, solange gibt es eine Volksgemeinschaft nur in der Theorie. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Auch in den Schichten der katholischen Arbeiter gewinnt die Erkenntnis immer mehr an Boden, daß der Monarchismus und Kapitalismus im schärfsten Widerspruch zur katholischen Weltanschauung steht. In der Welt der katholischen Arbeiterkreise, dem Hauptorgan der katholischen Arbeiterschaft, ist das wiederholt scharf zum Ausdruck gekommen. Geistliche haben dort ausgesprochen, daß sie bisher zu wenig gegen den kapitalistischen Geist getan haben. Diese Töne sozialer Kritik werden nicht wieder verstummen, sondern ihren Einfluß im Parteileben ausüben. Um die Entscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus kann sich auf die Dauer keine der Parteien herumdrücken, sie müssen Stellung nehmen für oder gegen die soziale Demokratie.

Zu der Frage: Unitarismus oder Föderalismus sagen wir, daß die jetzige Gliederung des Reichs so unnatürlich wie möglich ist und daß sie nicht für alle Zeiten so bleiben kann. Im Laufe der Jahrhunderte hat sich die deutsche Landschaft fortwährend verändert. Wir hatten schon 260 selbständige Staaten, nach den napoleonischen Kriegen war ihre Zahl auf 39 gesunken, der Krieg von 1866 hat Kurhessen und Hannover beseitigt, nach dem Jahre 1918 haben sich die Thüringischen Staaten zusammengeschlossen. Es ist außerordentlich erfreulich, daß die Deutschen, die ihre innerstaatliche Selbständigkeit verloren haben, sich sehr schnell damit abfinden. Wir werden alle Entwicklungstendenzen fördern, die zum deutschen Einheitsstaat führen. Wir wollen nicht warten, bis Kriege und revolutionäre Ereignisse staatliche Veränderungen schaffen, sondern die sollen durch den Willen des Volkes erfolgen. Die Grenzpfähle in Deutschland sind nicht vom Volke, sondern von den Dynastien ausgerichtet worden. Seit dem Sturz der Dynastien haben die Grenzpfähle in Deutschland nichts mehr zu suchen. Im Einheitsstaat der Demokratie wird sich aber auch erst die Selbstverwaltung der Gemeinden herausbilden. Heute fehlt uns beides, die starke Staatsgewalt und die Selbstverwaltung. Der Dichter der deutschen Republik, Ferdinand Freiligrath, hat dem deutschen Volke das Ziel gemessen, ein Reich der Freiheit aufzubauen. Diese Aufgabe steht noch vor uns, und wenn wir für die soziale Republik kämpfen, so geschieht das in dem Glauben an das große demokratische und soziale Deutschland der Zukunft. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Berndt (Dnat.) vermisst in der Ministerrede eine Begründung für die Verzögerung des Reichsaufgesetzes und die Betonung des Wortes „christlich“. Wir verlangen den 18. Januar als Nationalfeiertag und die Wiedereinführung der schwarzweißen roten Fahne. Die jetzige Reichsverfassung bedürfte dringend einer Revision im föderalistischen Sinne. Der Reichspräsident müsse die ihm zukommende einflussreiche Stellung erhalten. Der Reichsrat muß zu einer Art Oberhaus ausgebaut werden. Wir stimmen der Forderung zu, daß sich jeder Beamte innerlich mit dem Staate verbunden fühlen und den Symbolen der Republik die schuldige Achtung erweisen müsse. Die Forderung aber weisen wir zurück, daß jeder Beamte Anhänger der republikanischen Staatsform sein solle. Wir wollen die Weimarer Verfassung nicht durch Gewalt, sondern mit den in der Verfassung selbst gegebenen Mitteln ändern.

Abg. Freiherr v. Kordoff (D. Sp.) wendet sich gegen den Plan, den Reichstag aufzulösen, um ein neues Wahlrecht zu schaffen. Das würde ein glatter Verfassungsbruch sein. Die Gewalt des Reichspräsidenten müsse nach amerikanischem Muster erweitert werden.

Abg. Borch (Komm.) führt aus, daß die Sabotage des Volksentscheids über die Kürzensteuerminderung fortgesetzt werde. Der bayerische Innenminister habe eine kommunistische Broschüre für die Bücherverbrennung verboten, weil darin das alte Heckerlied zitiert wurde.

Abg. Behold (W. Bgg.) bezeichnet es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Beamten sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen, aber man sollte von ihnen nicht verlangen, daß sie auch republikanisch denken. Es gebe unter den Lehrern an den Hochschulen leider noch Leute, die es an der nötigen Hochachtung vor dem heutigen Staatswesen fehlen lassen.

Gegen 7 Uhr wird die weitere Beratung auf Donnerstag nachmittags 1 Uhr vertagt.



Über 3000 obdachlose Menschen benötigen täglich im städtischen Obdach. Die Zahl der Obdachlosen in Berlin ist damit noch nicht erreicht. Mieter und Hauswirte des nordöstlichen Teils Berlins beschwerten sich, daß auf den Bodentritten der in der Nähe des städtischen Obdachs liegenden Häuser fast täglich Obdachlose übernachten. Leider ist bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise kaum zu erwarten, daß sich dieser Zustand in kürzester Zeit bessert.

Wanderarbeiter vor dem Kriege.

Wie kann dem wenigstens in Zukunft abgeholfen werden? In den Grundzügen der Reichsfürsorgeverordnung vom 4. Dezember 1924 heißt es im § 1 Absatz 2: „Die Fürsorge soll den Hilfsbedürftigen tunlichst in den Stand setzen, sich und seinen unterhaltsberechtigten Angehörigen den Lebensunterhalt selbst zu beschaffen.“ Sind die Obdachlosen, die in der Mehrzahl aus Wanderarbeitern bestehen, Hilfsbedürftig und bei einer geeigneten vorwiegenden Fürsorge fähig, für die Beschaffung ihres eigenen Unterhalts Sorge zu tragen? Um diese Frage zu beantworten, wäre zunächst zu prüfen, welche Ursachen der Hilfsbedürftigkeit zugrunde liegen und wie der Gesundheitszustand der Fürsorgebedürftigen ist. Es ist zu prüfen, ob sie durch irgendeinen Vorgang erwerbsbeschränkt oder gar arbeitsunfähig oder durch Unterernährung nur vorübergehend erwerbsbeschränkt wurden. Wie ist ihr geistiger und sittlicher Zustand und vor allem, wie sind die wirtschaftlichen Verhältnisse und unter welchen seelischen Einflüssen sind sie aufgewachsen? Das Ergebnis dieser Prüfung ergibt die nötigen Unterlagen, um eine zweckmäßige Wanderarmenfürsorge einzuführen. Nicht außer acht zu lassen ist dabei folgendes: Die Kreise, aus denen sich die Wanderarmen rekrutieren, sind heute andere als früher, und ihrer Verarmung liegen ganz andere Ursachen zugrunde, als in der Vorkriegszeit, wo ihre Armut im Verhältnis zu heute viel leichter zu beheben war. Es gab damals so manche Gelegenheit, um ihre bescheidenen Bedürfnisse auch ohne Betteln zu befriedigen. Fast in jedem Orte befanden sich Kleinmeister, die die Gelegenheit sehr gern ausnützten, zugereiste Hilfsarbeiter zu beschäftigen, selbst wenn es nur einige Stunden am Tage waren. Viele Gemeinden waren sogar auf diese Arbeiter angewiesen, wenn sie die notwendigsten Arbeiten, die in ihrem eigenen Interesse lagen, ausführen lassen wollten, und die Arbeiter erhielten in der Regel hierfür Nachlager und Verpflegung, und oft noch einiges Geld. So konnten sie sich eine Zeit lang über Wasser halten, ohne zu betteln und fennien sogar auf eine unangenehme Schlafgelegenheit verzichten. Gewiß hatte Mutter Grün in der warmen Jahreszeit sehr oft solche Gäste zu beherbergen, aber meistens waren es professionelle Tippelbrüder, die mehr aus Gewohnheit, weniger aus Not, diese Schlafgelegenheit wahrnahmen. In den meisten Fällen

hatten sie aber die Mittel, um in einer Herberge auf einem Strohsack für 10 Pfennig oder in einem frisch bezogenen Bett für 25 Pfennig übernachten zu können.

Die Großstadt als letzte Zuflucht.

Durch die Entwicklung der Handindustrie zur Großindustrie und hauptsächlich durch den Einfluß der Kriegsergebnisse auf den gesamten Wirtschaftsmarkt, sind die Kleinmeister in der Provinz zum großen Teil ausgestorben und wo sie noch zu finden sind, haben sie genügend Arbeitskräfte am Orte zur Verfügung. Am schlimmsten wirkt sich diese Entwicklung aber auf die Landarbeiter aus, die in der Mehrzahl auch in der Zeit, in der die Landwirtschaft in ihrer Hauptbeschäftigung ruhte, am Orte genügend Beschäftigung fanden, um sich zu ernähren. Sie werden bei Arbeitsmangel von der Landwirtschaft abgestoßen und müssen, weil selbst die Gemeinden aus Mangel an Mitteln nicht in der Lage sind, diese Arbeiter beschäftigen zu können und auch aus Mangel an Wohnraum abwandern. Von Ort zu Ort wandernd, von der Gemeinschaft ausgestoßen, fast aller Mittel bar, in der Hoffnung, hier oder dort Arbeit zu finden, landen sie meistens in einer Großstadt, um zuletzt im Obdach Unterkunft zu suchen und das Heer der Arbeitslosen zu vermehren. Durch die lange Arbeitslosigkeit und damit verbundenen Entbehrungen sind sie mit wenigen Ausnahmen körperlich und auch moralisch fast vollständig heruntergekommen und der Verelendung nahe. Das städtische Obdach in Berlin beherbergt täglich rund 4000 männliche und weibliche dieser Wanderarbeiter. Ist die Zusammenballung einer so großen Zahl von Menschen, die fast jeden sittlichen Halt verloren haben und infolge ihrer Energielosigkeit leicht zu strafbaren Handlungen verleitet sind, schon bedenklich, so ist es geradezu unerträglich, daß unter diesen Umständen männliche und weibliche Personen in einem Gebäude untergebracht werden. Schon das Zu- und Abwandern dieser oft in Lumpen gehaltenen Gestalten in einer belebten Gegend erregt Aufsehen und ihr Einfluß auf die schulpflichtige und vor allem auf die halbwegsichtige Jugend darf nicht unterschätzt werden. Noch schlimmer aber wirkt sich dieses Leben und Treiben in den Kasernen aus, die in unmittelbarer Nähe des Obdachs liegen, wo die Kernsten das Bemühen, was sie haben oder erbeten, in geistige Getränke und Tabakwaren umsetzen. Hinzu kommt die Unmöglichkeit, die Leute in einem einzigen Arbeitsnachweis, und noch dazu in einem indutriearmen Bezirk, zu vermitteln. Dieser Zustand kann nicht mit Palliativmitteln beseitigt, sondern hier muß ganze Arbeit geleistet werden. Das Obdach muß dezentralisiert werden, es muß Wanderarbeitsstätten, die in mehreren Stadtteilen zu errichten wären, weichen. Neben den Wanderarbeitsstätten für männliche Personen muß eine solche Stätte für weibliche Personen, und anschließend ein Heim für obdachlose schwangere Frauen

in Verbindung mit einer Säuglingsfürsorge und einem Säuglingsheim, in dem besondere Fürsorge- und Erziehungsmaßnahmen vorgesehen sind, geschaffen werden. Durch diese Aufteilung des Obdachs ist den einzelnen Bezirken die Möglichkeit gegeben, nicht nur für 200 bis 250 Personen Obdach, sondern auch Arbeit zu schaffen, die je nach der örtlichen Beschaffenheit sogar im eigenen Interesse geleistet werden kann. Auch die fürsorgereiche Betreuung, Arbeitsvermittlung, Schulaufsicht usw., sind bedeutend leichter durchzuführen und bieten Gelegenheit, Menschen, die ihre Willenskraft verloren haben, wieder als nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft heranzubilden. Man wird einwenden, daß eine Einrichtung wie das städtische Obdach seiner Größe wegen bedeutend billiger arbeitet als kleine Anstalten. Dieser Einwand kann nur gelten, wenn diese Wanderarbeitsstätten genau so wie das jetzt bestehende Obdach Beherbergung, Nahrung und Abendbeschäftigung unentgeltlich abgeben. Wie aber das Beispiel anderer Städte beweist, können Wanderarbeitsstätten sich bei einer zweckmäßigen Bewirtschaftung auch in Berlin fast selbständig erhalten.

Das städtische Obdach erhält einen jährlichen Zuschuß von rund 1 Million Mark. Zweifellos wird sich dieser Betrag zunächst um das Doppelte erhöhen, wenn das Obdach in mehrere Wanderarbeitsstätten zergliedert wird, und wenn für zweckmäßige Arbeitsgelegenheit, wie sie bereits in der privaten Fürsorge anzutreffen ist, Sorge getragen wird. Später werden nur noch geringe Zuschüsse erforderlich sein, und der Ueberschuß kann zu anderen kulturellen Zwecken Verwendung finden. Trag wiederholter Anregungen, den jetzigen Zustand des Obdachs zu beseitigen, ist leider fast nichts getan worden. Angesichts dieser gegenwärtigen Obdachloskatastrophe wird Berlin nicht anders können, als so schnell wie möglich zu dieser Anregung Stellung nehmen müssen. E. Rosemann, Stadtrat.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. An alle Genosseninnen und Genossen, die Mitglieder des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung sind, ergeht das dringende Ersuchen, die Versammlungen, die im Laufe dieser Woche noch stattfinden, unter allen Umständen zu besuchen. — Wie der Verlauf der letzten Bezirksversammlungen bewies, hat die KPD, wie überall üblich, sich dem Verein zum Tummelplatz kommunistischer Parteipolitik ausersehen. Die Beiträge der Mitglieder sollen nicht allein für freigeistige Aufklärung, sondern für Rußlanddelegationen und „Rote Hilfe“ verwendet werden. Dieses Beginnen muß entschieden abgewehrt werden. Daher besucht zahlreich die Versammlungen!

Onkel Moses.

Roman von Schalom Ush.

31) Mascha wurde traurig und nachdenklich. Charles Worte ließen sie wieder über ihre Lage nachdenken. Auch sie erinnerte sich an Kusmin und sah wie im Traum ihre Kindheit, da sie beim Großvater aufwuchs. Sie hat einen alten Juden, der ihr Lebtuchen gab; was später war, hatte sie ganz vergessen und erinnerte sich erst wieder an die Hopfstrasse, wie sie zum Fleischer gefahren war, damit er ihr Fleisch auf Borg gebe! „Pa arbeitet“ — und dann dachte sie des Onkels und ihrer gegenwärtigen Lage. Sie wurde traurig und hob ihre dichten, bunten Brauen und ihre vollen Traubenaugen zu Charlie auf: „Und du möchtest nicht in Amerika geboren sein?“ „Nein“, antwortete Charlie, „ich bin glücklich, daß ich ein New Yorker bin, in der Fremde geboren mit der Schnulch nach Rußland, gleich allen in der Fremde Geborenen hier. Und wir alle, die wir hier in der Fremde sind, wir werden Amerika zu einem schönen, freien, großen Amerika machen. Jeder wird das Schönste seines Landes bringen und Amerika damit beschenken. Sie bringen es auf dem Schiffe aus ihrem Heimatlande mit. Die Italiener, die Russen, die Tschechen, die Ungarn, die Skandinavier und die Araber — alle, alle bringen das Schönste ihres Landes mit, die Schnulch ihrer Kindheit, und werden sie Amerika schenken. Der eine bringt seine Schönheit, seine Kunst, seinen Glauben. Andere bringen ihr klares Denken und ihre Aufrichtigkeit. Das Schönste und Beste der ganzen Welt, es wird sich sammeln, und wir werden das große, das freie, das neue Amerika sein!“ „Und was wirst du, Charlie, Amerika geben?“ fragte Mascha lachend. „Ich? Ich werde Amerika das schenken, was alle Kinder des jüdischen Volkes ihm geben, die aus Rußland kommen. O, wir schulden Amerika sehr viel, und wir müssen ihm viel geben. Amerika hat uns alles gegeben. Es hat uns anders gemacht als unsere Eltern waren. Wir sind Amerika tief verschuldet für die Freiheit, welche es uns geschenkt hat. Und wir werden ihm das geben, was die Juden Rußland gegeben haben — unseren ewigen Protest, unsere Unzufriedenheit. Wir sind es Amerika schuldig, anders zu sein als unsere Eltern. Als unsere Eltern herkamen, wurden sie Sklaven in Amerika; wir müssen sie befreien. Wir alle sind Sklaventinder. Waren denn unsere Eltern nicht Sklaven? Nein Vater, dein Vater,

Und hat dich dein Vater nicht seinem Brotherrn überlassen, wie man ein Sklavenkind hingibt?“ „Stop, denn ich...“ rief Mascha errötend. Ihre vollen Traubenaugen füllten sich mit Tränenperlen. Doch im selben Augenblick war sie entschlossen, Charlie nicht merken zu lassen, daß er eine wundete Stelle in ihr berührt hatte. Und um abzulenken, fragte sie: „Hast du Geld, Charlie?“ „So gegen einen Dollar.“ Charlie wußte genau, wieviel Geld er besaß, doch er wollte als reicher Mann auftreten. „Und ich einen halben. Das wird reichen.“ „Wofür?“ „Ich möchte den Abend lustig verbringen, wir sind doch in Coney Island.“ „Das ist recht.“ rief Charlie freudig. „Also, geh dich anziehen, ich gehe auch. Wir treffen uns draußen.“ Schnell eilte Charlie in seine Kabine. Erst jetzt erinnerte er sich, was er gesagt hatte, und war verlegen, mehr durch Maschas Lächeln als über die ungeschickten Reden, die er geführt hatte. 10. Tausendundeine Nacht. Nach dem Bade fühlten sich beide frisch und voll von Energie. Sie waren zu allem bereit. Charlie wollte keine Vorschläge machen, er fühlte sich besungen, weil er Mascha an den Onkel erinnerte hatte. Doch Mascha brachte es bald dazu, daß Charlie alles vergaß. Mit ihrer weichen Stimme, in der die mädchenhafte Fräulichkeit klang, welche Maschas Wesen erfüllte, begann sie: „Du, Charlie, vor allem gib mir das Geld für den Omnibus zum Aufheben, das übrige Geld wollen wir für einen lustigen Abend ausgeben. Wenn du mir das Fahrgehd nicht gibst, dann geben wir am Ende noch alles aus und haben kein Geld für die Heimfahrt.“ Mit diesen Worten nahm sie von ihrem Gelde ein Fünfcentsstück, band es, toktet zu Charlie hinüberlächelnd, in ihr Taschentuch und steckte den Rest Charlie in die Tasche: „Hier, für die Dummelkasse.“ „Was willst du sehen?“ „Einerlei. Ich will einen feinen, lustigen Abend haben.“ „Al right, komm! Bist du nicht hungrig? Ich muß die Wahrheit sagen, ich bin schrecklich hungrig.“ sagte Charlie verlegen. „Ich auch.“ lachte Mascha, „doch bitte, sei sparsam. Ich will mein Vergnügen haben.“ „Also, was?“

„Cracker-jack.“ Charles Magen verlangte jedoch nach etwas Soliderem, und daher schlug er Frankfurter vor. Schließlich einigten sie sich auf beides, sie aßen auf der Straße, während sie sich durch die Menschenmenge drängten, die auf dem Gehsteig dahinströmte, und lachten einander ins Gesicht. Dann kamen sie zuerst zu den „Sieben Weltwundern“. Da war eine Kuh mit zwei Köpfen zu sehen, die aus Indien kam; zusammengewachsene Zwillinge, Mädchen aus China; dann zwei Uliputaner: einer ein Japaner, der andere ein Neger; das dickste Mädchen der Welt, welches mehr als fünf Zentner wog; ein Mann mit einem Löwenkopf; ein Mädchen mit grauen Haaren; eine Negerin, welche auf allen vieren wie ein Bär kroch, und schließlich ein wilder Indianer, den ein Schiffskapitän erst vor kurzem entdeckt hatte. Mascha und Charlie bezahlten ihre fünf Cents und besahen sich die „Sieben Weltwunder“, welche man eigens für sie von allen vier Enden der Welt hergebracht hatte. Was die Natur Außerordentliches hervorbringt, mag es auch auf den entferntesten, verstecktesten Inseln sein, das wird nach Coney Island gebracht und für fünf Cents gezeigt. Coney Island schien ihnen das Zentrum der Welt zu sein. Bei einem anderen Zelt wurde ägyptische Zauberkunst angepriesen, die der Kalif von Ägypten trieb; und als Zeichen, daß das Versprechen wahr sei, hob der große dunkelhäutige Kalif von Ägypten einen Chinesen empor, legte ihn auf einen Fächer und ließ ihn dann in der Luft schweben. Doch alles, was der Kalif von Ägypten zu zeigen hatte, das zeigte er vor dem Zelt öffentlich vor allen Leuten. Diejenigen, welche ihren Nickel bezahlten und eintraten, sahen innen nichts Neues mehr. Für weitere fünf Cents kamen Mascha und Charlie nach China und sahen eine chinesische Prinzessin in tiefem Schlaf, mit kleinen, verkrüppelten Füßchen, an denen keine vergoldete Pantoffelchen steckten. Und als sie noch einen Nickel ausgaben, da kamen sie ins Reich von Madins Wunderlampe, wo der große, kräftige Madin, ein gebraunter Araber mit Ohringen und roten, wulstigen Lippen, selbsthaftig vor ihnen stand. Aus ihren Kinderträumen, aus ihren Kinderbüchern wurde er jetzt lebendig. Er stand vor ihnen, Madin aus dem Märchen von Tausendundeiner Nacht, rieb an der Wunderlampe, und in der Luft schwebte ein Tisch mit Gold und Silberzeug gedeckt. Madin nahm einen Krug und goß Wein aus ihm in einen Becher. Madin rieb an der Wunderlampe, und eine weiße Taube schwebte herbei und setzte sich auf seine Schultern, und raunte ihm ein Geheimnis ins Ohr, eine Botschaft aus einer verborgenen, verzauberten Welt. (Fortsetzung folgt.)

Das Volksbegehren in Berlin. Besorgt rechtzeitig Eintragungsscheine.

Recht unerquickliche Szenen spielten sich gestern oft in den Wahlämtern ab, die weder dem Publikum, noch den Beamten und Angestellten der Stadt erwünscht sind. Oft ist ein Umzug seit der letzten Wahl die Schuld. Sofern am neuen Wohnort die Wahlkarte des Betreffenden noch nicht vorliegt, darf man ihm dort keinen Eintragungsschein ausstellen. Das wird oft quitiert mit der Bemerkung „man wolle nur sabotieren“. Die Angestellten der Wahlämter sind aber meist nur vorübergehend Eingestellte, die die Not der Zeit am eigenen Leibe spürten und deshalb in jeder Weise das Volksbegehren unterstützen möchten. Rücksichtnahme auf die Angestellten und Beamten dürfte also nur für die schnellere Abwicklung des Verkehrs dienlich sein. Die Tatsache der Nichteintragung verlangt eben viel Schreiberlei, weil die gesetzlichen Vorschriften verlangen, daß jeder zur Zeit der Präsidentenwahl Wahlberechtigte an seinem einstigen Wohnort wählt oder dort den Eintragungsschein zu empfangen hat. Es ist deshalb festzustellen, daß jeder, der zur Zeit der Präsidentenwahl nicht an seinem jetzigen Wohnort gewohnt hat, sich einen Eintragungsschein von seinem damaligen Wohnort ausstellen lassen muß. Ferner melden sich jetzt viele zur Eintragung, die sich bis dahin wenig um die Wahlen gekümmert hatten und somit auch nie feststellten, ob sie überhaupt in der Wählerliste verzeichnet waren. Jetzt müssen sie ihre Nachlässigkeit büßen, da sie nun die Schereisen mit dem Wahlamt haben. Auch diese Wahlberechtigten sollten sich jetzt rechtzeitig auf ihre Pflicht besinnen. Vorbedingung ist dabei, daß sich jeder mit den nötigen Ausweispapieren, aus denen Name, Geburtstag und Wohnort einwandfrei ersichtlich ist, bewaffnet. — Ferner noch zur Beherrschung, daß dieses nicht auf die letzten Tage verschoben wird. Die Wahlämter sind schon jetzt mit Arbeit überlastet. Von einem Amt des Ostens wird uns mitgeteilt, daß z. B. am Montag 300 Eintragungsscheine ausgestellt wurden und etwa 150 Personen vorläufig wieder zurückgewiesen werden mußten, weil sie das schon oben Erwähnte nicht beherzigt hatten. Zwischen 300 und 450 bewegt sich hier der tägliche Besuch. Auch soll man solche Dinge nicht auf die letzten Tage verschieben, will man nicht Gefahr laufen, daß man infolge des Andranges die Eintragungsscheine veräußert. Jeder Wahlberechtigte hat das Recht und die Pflicht, sich einzutragen. Nur soll er sich rechtzeitig um die Erledigung der Formalitäten kümmern.

Lichtenberg.

Seit Sonntag ist hier eine stetige Zunahme der Einzugsbegehrenden zu verzeichnen. Vor dem Einzugslokal Gemeindegasse Siegfriedstraße 209 wird eine sehr geschickte und wirkungsvolle Plakatpropaganda der Parteien sehr geschickte und wirkungsvolle Plakatpropaganda der Parteien des Volksbegehrens betrieben. Auf einem Plakat ist ein geschwollener Kufur Wilhelm des Rabenflüchtlings aus dem Großen Hauptquartier an „seine Soldaten“ abgedruckt, in denen — er sie zur Pflicht ermahnt, und darunter steht: „Sie taten ihre Pflicht. Was tatest Du? Du türmest!“ Die Einzugsbeteiligung war hier in Anbetracht der Unzulänglichkeit dieses Straßenzuges recht reger. Pfaffstraße 8/9, Gemeindegasse, ist die Orientierung sehr schlecht. Der Eingang zum Volksbegehrraum liegt fast dunkel. Immerhin zeigt ein Popplakat zur Rot den Weg. Auch hier ist steigende Beteiligung festzustellen. Gemeindegasse Kronprinzstraße 10 herrscht ein sehr reger Betrieb. Das Lokal ist gut gekennzeichnet. Eine Steigerung des Einzugsbetriebs ist zweifellos festzustellen. In der Gemeindegasse Schornmeyerstraße 17 herrscht Hochbetrieb. Im Verlauf von 1 1/2 Stunden wurden rund 220 Einzugsnehmer festgestellt. Das Einzugszimmer liegt günstig zu ebener Erde. Hier hängt an der Eingangstür der Schule die Bekanntmachung über das Volksbegehren. Alles in allem: es geht auch in Lichtenberg unaufhaltsam vorwärts. Die Front gegen den Fürstenauszug wird kein Terror und keine Sabotage mehr brechen können!

Erkner und Umgebung.

Die Einzugslisten liegen allein im Gemeindeamt zu Erkner aus. Kein Zettel oder Plakat ist dort angebracht, das darauf hinweist. Schließlich ist dies auch nicht in einem Ort von 6000 Einwohnern notwendig. Jeder weiß hier Bescheid, weiß, was der andere zu Mittag isst, weiß also auch, wohin er zu gehen hat, um seinen Namen in die Listen eintragen zu lassen. Gleich am Eingang, im Kassenraum, liegen die Listen aus. Der Raum ist nicht groß, vor dem Tisch, der das Heiligtum, in das sich nur beamtete Persönlichkeiten begeben dürfen, für das Publikum verschließt, haben ungefähr zehn Personen Platz. Es ist vier Uhr am Nachmittag. Der Raum ist überfüllt. Frauen, die gerade vom Einkauf kommen, warten, bis sie an der Reihe sind. Sie tragen Pakete mit Brot oder Krämerware, manche haben ein Kind auf dem Arm. Der Beamte ist sehr freundlich, er zeigt jedem genau und verbindlich, wo er sich eintragen muß. Nachher, am Abend, wird am Eingang zum Gemeindeamt ein Plakat angebracht, gleichfalls am Bahnhof. Die Resultate sind günstig. Bis Mittwoch nachmittag haben sich 540 Personen eingeschrieben. Man erwartet, daß die Zahl weit die 1000 übersteigen wird, da sich unter den bisher Eingetragenen viele Bürgerliche befinden, sogar Mitglieder der Rechtsparteien. Am Sonntag wird das Reichsbanner Umzüge veranstalten und für die Eintragungen werden. Nicht so günstig sind die Resultate in der Umgebung. Rangschule und Gottesbrück haben keine eigenen Abstimmungslokale, man muß nach Grünheide gehen, man hofft, daß auch hier die Zahl der Einzugsnehmer steigen wird. Jedenfalls müßte jeder sofort seine Pflicht erfüllen und nicht die Eintragung mit den Worten: „Ich habe noch acht Tage Zeit“ auf die lange Bank schieben.

Belauchtet die Turnhalleingänge!

Trotz unserer wiederholten Rohnung, die Eingänge der Einzugsturnhallen wenigstens notdürftig zu beleuchten, liegen eine ganze Anzahl der Einzugsstellen in den Abendstunden stockdunkel. Gestern ist es zu mehreren Unfällen alter Leute gekommen, die in der ägyptischen Finsternis nicht aus noch ein mußten und auf den Treppen der Turnhalleingänge hinstürzten. Kann man der Bevölkerung die Sache nicht ein wenig erleichtern? Die Unkosten dieser Erleuchtung wären lächerlich gering. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um endlich dem Uebelstand der dunklen Eingänge abzuhelfen.

Seltener Unterricht.

Man ist von den Gegnern in bezug auf die Sabotage des Volksbegehrens so wirklich nicht verwöhnt worden, daß sie aber neuerdings ihre Propaganda in die Schulen verlegen, um die Kinder und damit auch die Eltern gegen das Volksbegehren aufzubringen, stellt denn wohl doch ein Kriostum dar. In der 174. Gemeindegasse, Schönhauser Allee 186a, brachte es so ein trüfflicher dieser „nationalen“ Pädagogen fertig, den Kindern der Klasse 20 große Vorträge über die Würdelosigkeit der Fürsteneintragung, die er einen „glatten Raub“ nannte, zu halten. Wenn wir zurecht berichtet worden sind, und wir haben nach unseren Informationen keine Veranlassung, darauf zu zweifeln, bezeichnete dieser Lehrer in demselben Zusammenhang die deutsche Republik als einen „Raubstaat“. Er erzählte auch, daß die Hochrentner sich ihr Vermögen durch ihre Tüchtigkeit erworben hätten, soweit sie es nicht schon besaßen, als sie im 15. Jahrhundert in die Welt einzogen — immerhin eine keine Geschichtslüge. Mit derselben Wahrheitsliebe und demselben Takt behandelte dieser Lehrer mit den Kindern politische Tagesfragen schon vielfach, wobei sein besonderes Interesse dem Dawes-Gutachten galt, über das er die Kinder einen Aufsatz (1) schreiben ließ. Sein spezieller Haß gilt selbstverständlich den

Sozialdemokraten, von denen er — Ehrenache! — behauptete, daß sie in erster Linie für ihre eigene Tasche arbeiten würden. — Man sollte nicht nur die Fürsten enteignen. Ebenso wichtig ist es, daß unsere Jugend von Erziehern solchen Geistes enteignet wird.

Beinfussung der Eintragung auf dem Lande.

Uns wird geschrieben: Auf dem platten Lande besteht verschiedentlich eine Einteilung nach Gemeinde- und Gutsbezirken. In einzelnen Fällen ist der Gutsbesitzer gleichzeitig auch Gemeindevorsteher. Im allgemeinen regelt sich auf den Dörfern die Eintragung zum Volksbegehren nach den Verhältnissen bei den letzten Wahlen. Die Zahl der Eintragungsstellen ist jedoch wesentlich niedriger als die der sonst üblichen Wahllokale. Zudem ist die Auslegung der Listen und die Bekanntgabe der Einzugsstellen meistens sehr spät erfolgt. Von verschiedenen sonst unbeteiligten Rittergutsbesitzern ist jetzt aber keine Mühe gescheut worden, um diesmal für ihre Angehörigen und Arbeiter eigene Einzugsstellen einzurichten. Man will dadurch natürlich nur eine Kontrolle ausüben und auf diese Weise die Beteiligung am Volksbegehren illusorisch machen. Da es bei dieser gerechten Sache auf jeden einzelnen ankommt, muß für Abhilfe der Mißstände schleunigst Sorge getragen werden.

Öffentliche Kundgebungen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Heute, Donnerstag, den 11. März:

Prenzlauer Berg (26. und 28. Abl.): abends 7 1/2 Uhr bei Büttner, Schmedter Str. 23. Redner: Dr. Kurt Rosenfeldt, M. d. R.
Schöneberg-Friedenau: abends 8 Uhr in Friedenau, Bürgeraal des Rathauses, Am Louterplatz. Redner: Franz Künzler, M. d. R.
Neukölln (97. Abl.): abends 7 1/2 Uhr im Lokal von Kren, Hermannstraße 178. Redner: Bezirksverordneter Willy Grohmann.
Glienke (Nordbahn): abends 8 Uhr bei Barz, Abmarsch abends 7.20 ab Bahnhof Hermsdorf. Redner: Bernhard Krüger.

Morgen, Freitag, den 12. März:

Mitte: abends 7 1/2 Uhr in den Ruffler-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Redner: Dr. Siegfried Weinberg.
Prenzlauer Berg (29. Abl.): abends 7 1/2 Uhr in der Aula der Senefelder Schule, Senefelder Straße 6. Redner: Stadtverordneter Richard Krelle.
Stanken: abends 7 1/2 Uhr im Gasthaus Wolff. Redner: Stadtrat Hermes.
Wannsee: abends 7 1/2 Uhr im „Reichsadler“, Königstraße. Redner: Josef Ernst.
Wilmerdorf: abends 8 Uhr im Viktoriagarten, Wilhelmsau 113/114. Redner: Ministerialrat a. D. Falkenberg und Clara Bohm-Schuch, M. d. R.
Lichterfelde: abends 7 1/2 Uhr in der Oberrealschule, Ringstraße, Ecke Hindenburgdamm. Redner: Siegfried Aufhäuser, M. d. R.
Neukölln (94. Abl.): abends 7 1/2 Uhr im Karlsruhgarten (Bergschloßhöhe), Karlsruhgartenstraße 6—11. Redner: Franz von Puttkamer.
Baumshuleneueg: abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Anzeugs, Baumshuleneueg. Redner: Erich Ruttner, M. d. R. — Der Rannhoyer Oberpree leitet die Kundgebung mit Gelena ein.
Grünau: abends 7 1/2 Uhr im Lokal Eghardt, Bäckerhaus, Bahnhofstraße. Redner: Bezirksverordneter Hermann Kempert.
Lichtenberg: abends 7 1/2 Uhr in der Mittelschule, Marktstraße 10/12. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.
Niederhöhenhausen: abends 7 1/2 Uhr im Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11. Redner: Karl Witte, Bezirksverordneter.
Reinickendorf-Off: abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Schönenhaus, Residenzstraße 1/2. Redner: Ministerpräsident a. D. Fröhlich.
Hermsdorf: abends 8 Uhr im Restaurant Bellevue, Am Bahnhof. Redner: Stadtverordneter Adolf Hoffmann.

Das abgelehnte Angebot der Hochbahn. Begründung der städtischen Beschlüsse.

Ueber den Gegenvorschlag der Hochbahn haben die gemischte Deputation und der Magistrat gestern beraten. (Wie im Abendblatt bereits kurz mitgeteilt mit dem Resultat der Ablehnung des Vorschlags. D. Red.) Die Vertreter der Stadt waren einmütig der Auffassung, daß das Gegenangebot nicht annehmbar sei. Ueber den Betrag von 1100 M. 7 1/2 prozentige Stadtsanleihe für jede Aktie von 1000 M. kann die Stadt nicht hinausgehen. Dies Angebot bedeutet bei über 113 Millionen Mark Aktienkapital einen Preis von rund 125 Millionen Mark, der mindestens bei der allmählichen Tilgung voll zu zahlen sein würde. Ihren eigenen Beitrag kann dabei die Stadt, wenn sie sich nicht selbst betrügen will, nicht anders einsehen, als den privaten Beitrag, den sie erwirbt. Dazu tritt die Übernahme der mit 120 Proz. einlöslichen Obligationen der Hochbahn, also ein Betrag von weiteren 144 Millionen. Ingesamt ist diese Last im Verhältnis zu der bilanzmäßigen Bewertung der Gesellschaftsaktiven so hoch, daß die städtischen Vertreter sie nicht verantworten konnten. Das Angebot der Stadt erreicht, wie seinerzeit klar gestellt wurde, die Grenze des für das städtische Interesse Tragbaren. — Die städtischen Gremien haben anschließend über die Finanzierung und Führung der H.C.B.-Bahn verhandelt. Sie haben sich entschlossen, die Finanzierung nunmehr unabhängig von den Verhandlungen mit der Hochbahn vorzunehmen und sie ohne ausländische Anleihe im wesentlichen auf die Mittel der städtischen Werke, namentlich der Straßenbahn, zu stellen. — Von dem Gesamtbetrag, der sich durch die Änderungen beim Alexanderplatz auf 50 Millionen erhöht, werden je 10 Millionen aus den Ueberschüssen der Straßenbahn für die Jahre 1926 und 1927 entnommen werden, 5 Millionen aus den Ueberschüssen der Elektrizitätswerke. Weitere 7 Millionen können aus der Ueberschüssen zum großen Teil untergebrachten sechsprozentigen Inlandsanleihe der Stadt von 1924 aufgebracht werden, 1 1/2 Millionen sind bereits aus dem Erlös der Beteiligung an der Reichsgasbetriebsstelle beschafft. Die dann noch ungedeckten 16 1/2 Millionen werden aus den Zuschüssen und Darlehen der produktiven Erwerbslosenfürsorge aufgebracht werden. — Gleichzeitig wurde die Linienführung für die H.C.B.-Bahn auch hinsichtlich ihres nördlichen Teiles gutgeheißen. Die erforderlichen Gemeindebeschlüsse sollen schon in der kommenden Woche gefaßt werden.

Wie vorausgesehen, hat die gemischte Deputation und der Magistrat Berlin einstimmig das Gegenangebot der Hochbahngesellschaft abgelehnt. Es ist interessant, festzustellen, daß auf diese Tatsache hin der Kurs der Hochbahnanlagen an der Berliner Börse gefallen ist, was darauf schließen läßt, daß die Börse ihre Bewertung nicht so vornehmlich, als ob eine dauernde siebenprozentige Verzinsung gesichert sei. Die Kurse sind wohl mit Absicht so in die Höhe getrieben worden, um von der Stadt für die Aktien einen möglichst hohen Preis herauszuschlagen. Die Stadt aber, die Vertreterin der Allgemeinheit, sollte den Ertragsprozent bezahlen, der mit der Kurstreiberie erstrebt wurde. So begreiflich das Interesse der Stadt für die Hochbahnanlagen ist, es findet seine Grenze an den Verpflichtungen, die die Stadt als Kaufpreis übernimmt, wenn diese Verpflichtungen für die Stadt untragbar sind. Die Aktionäre verlieren durch die Ablehnung des lokalen Angebots der Stadt nur Geld. Das wird ihnen hoffentlich eine Lehre sein.

Die Veruntreuungen beim Bezirksamt Kreuzberg. Tragödie eines abgebauten Beamten?

Zu den Veruntreuungen bei der Wohlfahrtskommission des Bezirksamts Kreuzberg erfahren wir, daß der Vorksteher Max Drenfurth gestern mittig in seiner Wohnung in der Alten Jakobstraße von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Er ist in vollem Umfange geständig. Wie er sagt, wurde er durch seine bedrängte wirtschaftliche Lage zu den Veruntreuungen veranlaßt.

Bis zum Jahre 1924 war der jetzt 61 Jahre alte Mann als Bureauhilfsarbeiter beim Magistrat beschäftigt, wurde dann aber abgebaut. Während seiner Bureauzeit hatte er hauptsächlich die Angelegenheiten der Wohlfahrtskommission bearbeitet und mußte damit gut Bescheid. So übertrug man ihm das Amt des Vorkstehers, das er ehrenamtlich ausübte. Für seine Bemühungen, für Beleuchtung und Hergabe eines Raumes wurde er mit 25 Mark monatlich entschädigt. Außer dieser Arbeit betätigte er sich als Provisionsreisender, doch waren es immer nur kurzfristige Stellen, die ihm nur geringes Gehalt einbrachten. Um seiner Notlage ein Ende zu bereiten, veruntreute er nach und nach 3000 Mark, die sich aus kleinen Beträgen in Höhe von 3 Mark bis 20 Mark zusammensetzten.

Einigen anders lautenden Nachrichten, die von einer anonymen Anzeige an das Bezirksamt Kreuzberg sprechen, ist festzustellen, daß die Veruntreuungen durch die Revision des zuständigen Sachverwalters bei dieser Behörde herausgefunden sind. Dieser Beamte stellte bei Nachprüfung der in jener Wohlfahrtskommission geführten Listen über die Auszahlung von Unterstüngen fest, daß eine alte Frau im Dezember v. J. zu Unrecht Zuwendungen erhalten hatte, weil sie in jenem Monat schon dem Hospital zugeführt war, wo sie dann am 10. Januar gestorben ist. Bei Vorladung ihrer Tochter, an die laut Westenausweis das Geld gezahlt worden sein soll, ergab sich nun überraschenderweise, daß diese im Monat Dezember gar keine Unterstüngen von Drenfurth erhalten hatte. Nun schloß man im Bezirksamt Verdacht und ließ durch mehrere Beamte alle Unterstüngenfälle der letzten Wochen bei den Empfängern nachprüfen, wobei fast überall Differenzen zwischen den in den Listen eingetragenen Beträgen und den tatsächlich gezahlten Geldern zu Ungunsten jener Unterstüngsberechtigten festgestellt werden konnten. Nach den bisherigen Ermittlungen ist Drenfurth allein verantwortlich. Nach dem bisherigen Stand der Untersuchung hält man es jedenfalls für ausgeschlossen, daß er etwa Mißhandlungen hat. Das Bezirksamt Kreuzberg läßt zurzeit die Unterstüngslisten, sowie die Quittungen und Bücher der Kommission zunächst bis zum April 1925 zurück einer Revision unterziehen.

Ebert-Feiern der Jugend.

Unser aller brennendes Interesse gehört dem Volksschicksal. Selbstverständlich aber gedachte man trotz der packenden Ereignisse dieser Tage oft auch des Mannes, der mithilf, die Zeit herbeizuführen, in der das Volk selbst über sein Schicksal bestimmen kann und soll. Friedrich Ebert hatte seinen ersten Todestag, anschließend veranstaltete man überall Gedenkfeiern aus diesem Anlaß, keine und große, schlichte und mehr künstlerisch betonte, immer aber sehr würdevolle Feiern, in denen die Erinnerung an Ebert ein Bekenntnis der Treue zu seinem Werk war.

Auf dem Heidelberger Bergfriedhof hatte sich eine stattliche Trauergemeinde versammelt, in ihr auch mit ihren Fahnen viele deutsche Studenten. Als sie einen Kranz auf die Erde niederlegten, sprachen sie ein stilles Gebetswort. Dem sei entnommen:

Friedrich Ebert ist nicht tot. Friedrich Ebert lebt in uns. Wir deutsche Jugend und deutsche Studenten leben ihn weiter. Wir stehen als Lebendige auf seinem Grabe. Wir tragen das schwarzrotgoldene Banner, das ihm entfiel, durch alle Stürme, durch alle feindliche Scharen zum neuen Morgenrot. Friedrich Ebert, du hast uns gelehrt, Volk zu leben. Dein Herz war Volk. Volk gebär dich. Unterm Volk schaffst du. Nicht in kalter Prachtgruft des Marmors. In dem Herzen des Volkes stehen deine größten Denkmäler. Wir senken in Trauer unsere bunten Studentenfahnen über dein Grab: Wir sind auch Volk. Wir wollen nicht nur Trauergemeinde sein, die bloß einen Kranz auf ein Grab niederlegte, wir wollen eine Werkgemeinschaft sein, die dem deutschen Geist an deutschen Hochschulen einen Weg bahnt zum neuen Staat des neuen Volkes, dessen Fundamente Friedrich Ebert herbeitrug.

Freudig gibt man diese Worte wieder. Viele, sehr viele sind an unseren Unversitäten reaktionär, traditionsverbunden, volksfeindlich. Viele, aber nicht alle. Mancher wächst da auch in der studentischen Jugend heran, der zur Demokratie, zur Republik, zum Volk hält. Mancher, in dem ein freier, willensunterstützter Geist, wie er in seiner Steigerung Ebert zur Führung befähigt, wirkt und lebt.

Diesen Geist lebendig werden zu lassen, veruchte hier in Berlin in einem anderen, ganz anderen Kreise und vor viel jüngeren Menschen noch Genosse Landgerichtsrat Dr. Seligson, der über den ersten Präsidenten der deutschen Republik vor Mitgliedern der „Deutsch-jüdischen Jugendkameradschaft“ sprach.

Knacker im Bezirksamt Reinickendorf.

Mit der Portofasse mußten sich Geldstrafenredner begnügen, die in der vergangenen Nacht das Bezirksamt Reinickendorf in der Hauptstraße heimsuchten. Sie schlossen eine Hinterstür mit einem Dietrich auf und erbrachen im ersten Etod zwei Geldstrafen. Die schwere Arbeit lohnte aber nicht recht. Die Verbrecher fanden nur die Portofasse, die etwa 40—50 M. enthielt.

Der Prozeß Lühow.

Nach der vorgestrigen Pause sollte gestern die erste Nebenklage ausgetragen werden: der Fall des angeblich mit 105 Schlägen geprägten Sohnes des Großschichters, der eigentlich das ganze Lühow-Verfahren herausgeschworen hat. Während der beiden letzten Verhandlungstage schien mitunter über dem Gerichtssoal so etwas wie die schwüle Atmosphäre eines mit jeglichem Unfug erfüllten Knabenstummens zu liegen. Trotzdem erklärte auch gestern noch der größte Teil, nichts Unstüches bemerkt zu haben. Besonders besorgend waren während der Voruntersuchung die Aussagen der Knaben F. und S. gewesen. Beide wollten besonders oft und hart geprügelt worden sein. Sie glaubten auch eine ganze Reihe Wahrnehmungen gemacht zu haben, die im Sinne der Anklage gedeutet werden konnten. In der Gerichtsverhandlung schwächten sie jedoch einerseits ihre Aussagen stark ab, andererseits erlitten ihre Glaubwürdigkeit in einem zweifelhaften Maß. Etwas Neues erfährt man auch über Lühows Prügelstrafe. Er bearbeitete in bestimmter Reihenfolge Gefäß, Oberstumpf und Waden. Der allgemeine Eindruck ist, daß eine viel zu ungesunde Atmosphäre im Heim geherrscht hat: es wurde zuviel geprügelt und zuviel geflücht. Jedenfalls war von dem modernen Landeserziehungselm in dieser Anstalt keine Spur.

Forman
gegen
Schnupfen
Wirkung frappant!

Die Eintragungsstellen zum Volksbegehren.

1. Bezirk: Mitte

Hinter der Garnisonkirche 2, Turnhalle.
Laubenstraße, Deutscher Dom.
Kannenstr. 1 B, Konferenzzimmer.
Inselstr. 2-3, Eingang Wallstraße, Turnhalle.
Köpenicker Str. 123, Turnhalle.
Blumenstr. 77, Turnhalle.
Elisabethstr. 57/58, Turnhalle.
Gormannstr. 4, Turnhalle.
Koppenplatz 12, Turnhalle.
Klberichstr. 20, Turnhalle.
Rebdenicker Str. 17, Konferenzzimmer.
Ruppiner Str. 48, Turnhalle.
Schwedter Str. 232/234, Turnhalle.
Elisabethstr. 19/20, Turnhalle.
Bergstr. 58, Humboldt-Gymnasium, Turnhalle.
Hannoversche Str. 20, Konferenzzimmer.
Pflugstr. 12, Turnhalle.

2. Bezirk: Tiergarten

Lühnowstr. 84 D, Turnhalle.
Derflingerstr. 18 a, Turnhalle.
Steinmeyerstr. 79, Turnhalle.
Winterfeldstr. 16, Turnhalle.
Ballasstr. 15, Turnhalle.
Culmstr. 15, Konferenzzimmer.
Gerhardstr. 4/5, Konferenzzimmer.
Bodumer Str. 8 c, Turnhalle.
Bemehowstr. 26, Turnhalle.
Bodumer Str. 8, Turnhalle.
Rostocker Str. 32, Turnhalle.
Siemensstr. 20, Lehrerinnenzimmer.
Wickestr. 53/54, Turnhalle.
Balduferstr. 20/21, Zimmer 7.
Bremer Str. 18/20, Turnhalle.
Havelberger Str. 12, Restaurant „Zum Schotensteck“.
Duisowstr. 115, Turnhalle.
Turnstr. 86, Konferenzzimmer.
Stephanstr. 3, Zimmer 1 und 2.

3. Bezirk: Wedding

Demminer Str. 27, Turnhalle.
Ramsferstr. 5, Restaurant Tamme.
Ruhbuser Str. 3, Schule, Zimmer 1.
Gleimstr. 65, Restaurant Schutz.
Swinemünder Str. 77, Restaurant Hiesch.
Hufftenstr. 4/5, Restaurant Weiß.
Kottstr. 16, Schule, Zimmer 1.
Hufftenstr. 22, Restaurant Zippel.
Brunnenstr. 79, Restaurant Döbling.
Kerstr. 67, Turnhalle.
Neue Hochstr. 10, Restaurant Weinhaus.
Fennstr. 50, Restaurant Füllgraf.
Schönwalder Str. 25, Restaurant Erdmann.
Müllerstr. 163, Restaurant Eckart.
Sparrstr. 20, Restaurant Sell.
Tepler Str. 18/20, Konferenzzimmer.
Triffstr. 49, Restaurant Uthemer.
Nehmannstr. 6, Restaurant Zimmer.
Kochliche Rudolf-Birchow-Krankenhaus, Befehlsingang, Zimmer 64.
Amsterdamer Str. 7, Restaurant Hirsche.
Ostender Str. 39/40, Schule, Zimmer 64.
Seelstr. 95, Restaurant Ludwold.
Lütticher Str. 47/48, Schule, Turnhalle.
Müllerstr. 48, Schule, Zimmer 1.
Schulstr. 99/100, Turnhalle (Eingang Reinickendorfer Str. 56).
Nennipendorfer Str. 10, Restaurant Kneppenberg.
Ulricher Str. 30/31, Turnhalle.
Razarethstr. 40, Restaurant Blau.
Weddingstr. 5, Restaurant Benig.
Plantagenstr. 15, Schule, Zimmer 20.
Pankstr. 20/22, Schule, Kinderhortzimmer.
Niesenstr. 66, Turnhalle.
Pankstr. 47, Turnhalle.
Pankstr. 42, Restaurant Arenstr.
Straße 4a, Schule, Kinderhortzimmer.
Reinickendamm 8, Turnhalle.
Christianistr. 4, Turnhalle.
Gothenburger Str. 2, Turnhalle.
Nierstr. 13, Restaurant Remmig.
Christianistr. 39/40, Turnhalle.
Zechliner Str. 4, Schule, Zimmer 1.

4. Bezirk: Prenzlauer Berg

Bühowstr. 40, Zimmer 13.
Allenstein Str. 23, Restaurant Lottleben.
Dinaer Str. 11/16, Barock 1, Konferenzzimmer.
Wandelstr. 2, Gemeindefschule, Zimmer 4.
Behlauer Str. 8, Turnhalle.
Christburger Str. 14, Turnhalle.
Danziger Str. 62, Barock 10, Eingang Diesterwegstraße.
Schönlanker Str. 11, Barock 3.
Gräffwalder Str. 24/25, Turnhalle.
Rendelslohnstr. 16, Restaurant Hundt.
Weihenburger Str. 4 a, Realschule, Zimmer 61.
Chariner Str. 74, Turnhalle.
Schönhäuser Allee 166 a, Turnhalle.
Prenzlauer Allee 227/228, Zimmer 40.
Weihenburger Str. 63, Restaurant Elytal.
Christburger Str. 7, Turnhalle.
Trostowstr. 45, Restaurant Herzberg.
Danziger Str. 23, Turnhalle.
Oberberger Str. 57/59, Gemeindefschule, Zimmer 7.
Eberswalder Str. 10, Turnhalle.
Lachener Str. 107/108, Turnhalle.
Pappelallee 41/42, Gemeindefschule, Zimmer 1.
Greifenhagener Str. 58/59, Gemeindefschule, Zimmer 1.
Lachener Str. 8, Restaurant Hoffmann.
Dunderstr. 65/66, Gemeindefschule, Zimmer 4.
Stargarder Str. 32, Restaurant Babewig.
Schlemmstr. 33, Restaurant Kochhaus.
Senefelderstr. 6, Gemeindefschule, Zimmer 8.
Greifenhagener Str. 20, Turnhalle.
Scherenbergstr. 7, Konferenzzimmer.
Dunderstr. 64, Konferenzzimmer.
Schneefelder Str. 48, Restaurant Hockelmann.
Schönlieber Str. 7, Turnhalle.
Wfenstr. 17, Gemeindefschule, Zimmer 8.
Driefener Str. 22, Gemeindefschule, Zimmer 8.
Schönhäuser Allee 134 b, Restaurant Potrzeba.
Kopenhagener Str. 74, Restaurant Giesche.
Sonnenburger Str. 20, Konferenzzimmer.

5. Bezirk: Friedrichshain

Lange Str. 90, Restaurant Zange.
Kraufstr. 49, Turnhalle.
Strausberger Str. 8/9, Turnhalle.

Friedenstr. 31, Turnhalle.
Dieftelmeyerstr. 5/6, Turnhalle.
Ballfaberstr. 37, Friedrich-Wilhelm-Hospital, Bureau.
Große Frankfurter Str. 23, Schule, Zimmer 10.
Kraufstr. 43, Turnhalle.
Mühlenstr. 49/50, Turnhalle.
Koglerstr. 3, Turnhalle.
Hohentelstr. 10, Turnhalle.
Mit-Stralau 34, Turnhalle.
Friedrichsfelder Str. 24, Restaurant Schröter.
Koppenstr. 84, Turnhalle.
Rüdersdorfer Straße 4/5, Turnhalle.
Fruchtstr. 38, Eingang Remeler Str. 38, Turnhalle.
Remeler Str. 24/25, Turnhalle.
Barthauer Str. 32, Restaurant Fichtenau.
Bromberger Str. 13/14, Turnhalle.
Simplonstr. 34, Restaurant Hagen.
Düauer Str. 18, Turnhalle.
Borghogener Str. 114, Restaurant Robling.
Lüfiter Str. 4/5, Turnhalle.
Edertstr. 16, Turnhalle.
Petersburger Str. 4, Turnhalle.
Frankfurter Allee 37, Turnhalle.
Jessestr. 12, Schule, Zimmer 10.
Rigaer Str. 81/82, Schule, Zimmer 78.
Samariterstr. 19/20, Schule, Konferenzzimmer.
Beitenhoferstraße 20/24, Turnhalle.
Gollnowstr. 28, Restaurant Ambost.
Friedenstr. 16, Turnhalle.
Georgenstr. 2, Schule, Konferenzzimmer.
Wilhelm-Stolze-Str. 16, Restaurant Weber.
Strahmannstr. 6, Turnhalle.
Hausburgstr. 20, Turnhalle.
Ebertstr. 19, Restaurant Ott.

6. Bezirk: Kreuzberg

Wilhelmstr. 117, Turnhalle.
Lempelhofener Ufer 20, Turnhalle.
Hogelberger Str. 34, Turnhalle.
Gneifenaustr. 7, Turnhalle.
Bergmannstr. 60/65, Konferenzzimmer.
Bilmsstr. 10, Turnhalle.
Dieffenbachstr. 61, Turnhalle.
Dieffenbachstr. 51, Turnhalle.
Brüher Str. 17/18, Turnhalle.
Raunowstr. 63, Turnhalle.
Waldeemarstr. 77, Turnhalle.
Reichenberger Str. 44/45, Turnhalle.
Rantesselfstr. 7, Turnhalle.
Pausitzer Platz 9, Turnhalle.
Görlitzer Str. 51, Turnhalle.
Reichenberger Str. 67/70, Turnhalle.
Wasserlocher Str. 31, Turnhalle.
Stallschreiberstr. 54/54a, Konferenzzimmer.

7. Bezirk: Charlottenburg

Joachimshäuser Str. 31/32, Turnhalle.
Schillerstr. 26, Turnhalle.
Berliner Str. 72/73, Rathaus III. Stock, Festsaal.
Kaiserin-Augusta-Allee 74, Turnhalle.
Dankelmannstr. 26/28, Turnhalle.
Rastanienallee 13, Turnhalle.

8. Bezirk: Spandau

Mollstr. 38, Turnhalle.
Puthstr. 8, Volksschule.
Hölderichstr., Turnhalle.
Ronnenbammallee 98/96, Bezirksamtsschule.
Staaken, Hauptstr. 12.
Gaisow, Schule.
Ciadow, Bezirksamtsschule.

9. Bezirk: Wilmersdorf

Für Grunewald und Grunewald-Forst:
Hertholstr. 18, Rathaus Grunewald, Zimmer 3.
Für Schmargendorf:
Berliner Platz 1, Rathaus Schmargendorf, 1. Stockwerk, Zimmer 23.
Für Wilmersdorf:
Joachim-Friedrich-Str. 35/36, Turnhalle.
Nikolsburger Platz 3, Turnhalle.
Uhlendorfer Str. 22/23, Turnhalle.
Koblenzer Str. 22, Turnhalle.

10. Bezirk: Zehlendorf

Zehlendorf, Anhaltenerstr. 4, Wahlamt.
Dahlem, Königin-Luise-Str. 49, Amtsstelle.
Rikolasse, Hohenzollerplatz 5, Rathaus.
Wannsee, Königstr. 42, Rathaus.

11. Bezirk: Schöneberg

Hohenstaufenstr. 49, Volksschule.
Krankenstr. 10, Berufsschule.
Berchtesgadener Str. 10/11, Volksschule.
Barbarossaplatz 3, Chamissofchule.
Hauptstr. 15, Maison de santé.
Kolonnenstr. 22/23, Volksschule.
Kolonnenstr. 22/23, Uhlendorferstr. 57, Volksschule.
Neuripstr. 57, Volksschule.
Rudolf-Wilke-Platz, Neues Rathaus, Ausstellungshalle.
Friedenau, Rathaus.
Homuthstr., Rheingau-Reformrealgymnasium.
Rubensstr. 8, Volksschule.
Auguste-Viktoria-Krankenhaus.
Siedlung Lindenhof, Klubzimmer.

12. Bezirk: Steglitz

Steglitz, Rathaus, Zimmer 1.
Plantagenstr., Schule, Lehrerzimmer.
Lichterfelde, Rathaus, Saal.
Santwig, Rathaus, Saal.

13. Bezirk: Tempelhof

Für Tempelhof:
Hohenzollerstr. 16, Restaurant Glawe.
Dorfstr. 42, Bezirksamtsschule, Zimmer 30.
Friedrich-Wilhelm-Str. 21, Restaurant Brendel.
Für Mariendorf:
Rathausstr. 69/72, Verwaltungsgebäude, Zimmer 11.
Für Marienfelde:
Dorfstr. 53, Verwaltungsgebäude, Zimmer 5.
Für Lichterfelde:
Dorfstr. 35/36, Verwaltungsgebäude, Zimmer 18.

14. Bezirk: Neukölln

Weserstr. 12/13, Gemeindefschule.
Elbestr. 11/12, Gemeindefschule.
Bobbinsir. 52/56, Gemeindefschule.

Weißestr. 19/20, Gemeindefschule.
Pestingerstr. 38/39, Gemeindefschule.
Thomasstr. 20/21, Gemeindefschule.
Richardstr. 47, Gemeindefschule.
Mariendorfer Weg 69/70, Gemeindefschule.
Siedlung am Dammweg, Restaurant Bärwinkel.
Für Brih: Chaussee 48.
Für Budow: Dorfstr. 6.
Für Rudow: Reußdöller Str. 35.

15. Bezirk: Treptow

Für Treptow-Nord: Bouchéstr. 75, Schule.
Für Treptow-Mitte: Neue Krug-Allee, Rathaus, Zimmer 60.
Für Treptow-Süd: Baumfchulestr. 80, bei Borgmann.
Für Oberischöneweide mit Wuhlsheide: Luisenstr. 33, Ortsamtstelle, Zimmer 26.
Für Niederschöneweide: Grünauer Str. 1, Ortsamtstelle, Zimmer 12.
Für Johannisthal: Königsplatz 1, Dienstgebäude, Zimmer 1.
Für Adlershof: Rablstr. 14, Ortsamtstelle, Zimmer 9.
Für Alt-Glienick (alter Ortsteil): Köpenicker Str. 42, Ortsamtstelle, Zimmer 2.
Für Falkenberg: Kofestr. 20, Schulbaracke.

16. Bezirk: Köpenick

Für Nikstadt: Rathaus, Zimmer 20.
Für Dammvorstadt: Kaiser-Friedrich-Str., 3. Volksschule, Turnhalle.
Für Rieghorstadt: Amtsstr., 1. Volksschule, Turnhalle.
Für Köllnische Vorstadt: Glienicker Str. 4/5, Volksschule, Turnhalle.
Für Krankenhaus Köpenick: Im Krankenhaus.
Für Friedrichshagen: Kirckstr., 1. Volksschule, Turnhalle.
Für Rahnsdorf: Fürstenwalder Str. 46, Ortsamtstelle, Zimmer 2.
Für Wilhelmshagen-Hessenwinkel: Frankenbergstr. 22, beim Bezirksvorsteher Pfäuder.
Für Grünau: Mittelstr. 10, Ortsamtstelle, Zimmer 1.
Für Bohnsdorf: Dorfplatz 5, Ortsamtstelle, Zimmer 2.
Für Schmöckwitz: Berliner Str. 11, Ortsamtstelle, Zimmer 4.
Für Wüggelheim: Dorfstr. 5, Ortsamtstelle.

17. Bezirk: Lichtenberg

Schornmeierstr. 19, Schule.
Kronprinzenstr. 10, Schule.
Wühlischtr. 20, Kinderheim.
Hofstr. 7/9, Schule.
Wördenstr. 3, Schule.
Möllendorferstr. 6, Rathaus.
Siegfriedstr. 209, Schule.
Pfarrstr. 8/9, Schule.
Friedrichstr. 71, Schule.
Lückstr. 60, Schule.
Marktstr. 10/11, Schule.
Lürrschmidstr. 25, Stadthaus.
Brinck-Str. 44, Anzeigebüro.
Hubertusstr. 4, Krankenhaus.
Für Friedrichsfelde:
Kummelsbuerger Str. 64, Schule.
Wilhelmstr. 29, Schule.
Für Karlsruh:
Gundelinoener Str. 10/11, Schule.
Krause-Viktoria-Str. 35, Schule.
Für Biesdorf: Dorfstr. 67, Amtsstelle.
Köpenicker Str. 26, Restaurant Dieh.
Anstalt Wuhlgarten.
Für Wargahn:
Dorfstr. 19, Stadtgebäude.
Für Hellersdorf:
Für Kaubsdorf:
Adolfstr. 25, Schule.
Jägerstr. 57/58, Restaurant Acad.
Für Mahlsdorf:
Waldseeferstr. 39, Schule.
Köpenicker Allee 1, Amtsstelle.
Köpenicker Allee 59, Schule.

18. Bezirk: Weihensee

Albertinenstr. 6, Rathaus, großer Sitzungssaal.
Roedstr. 169/171, kleines rotes Schulhaus.
Bernkasteler Str. 78, Gemeindefschule.
Für Hohen Schönhausen: Hauptstr. 50, Verwaltungsgebäude, Zimmer 1.
Für Ralchow: Gemeindefschule.
Für Falkenberg und Wartenberg: Geschäftszimmer des Bezirksvorstehers Reichert in Falkenberg.

19. Bezirk: Pantow

Für Pantow:
Breite Str. 1, Schule.
Schulstr. 29, Schule (Turnhalle).
Kaiser-Friedrich-Str. 57/58, Schule (Turnhalle).
Für Pantow und Niederschönhausen: Wolantstr. 131, Schule (Turnhalle).
Für Niederschönhausen:
Rathaus Niederschönhausen, Zimmer 24.
Blankenburger Str. (Eingang Buchholzer Str.), Schule.
Bismarckstr. 11, Schule (Turnhalle).
Für Rosenthal II: Hauptstr. 94, Ortsamtstelle.
Für Blankenfelde mit Wuhlsheide: Blankenfelde, Hauptstr. 13, Gostwirtschaft Raab.
Für Buchholz: Berliner Str. 24, Ortsamtstelle.
Für Heinersdorf: Kaiser-Wilhelm-Str. 55, Ortsamtstelle.
Für Blankenburg: Dorfstr. 4a, Ortsamtstelle.
Für Barow: Dorfstr. 3, Ortsamtstelle.
Für Buch mit Lindenhof: Schönerlinder Chaussee, Ortsamtstelle Buch, Barock.

20. Bezirk: Reinickendorf

Für Reinickendorf-West: Auguste-Viktoria-Allee, 2. Gemeindefschule.
Für Reinickendorf-Ost:
Lindauer Str., 1. Gemeindefschule, Turnhalle.
Lette-Allee, 3. Gemeindefschule.
Hausotterplatz, 4. Gemeindefschule.
Für Rolenthal: Schäferstr., Schule.
Für Birrenau: Rathaus, Vorzimmer zum Sitzungssaal.
Für Hermsdorf: Lübars, Waldmannsufst: Dienststelle Hermsdorf, Dranienbamm.
Für Frohnau: Dienststelle, Speffr.
Für Heiligensee und Schulzendorf: Dienststelle Heiligensee.
Für Teuslow Insel Scharfenberg, Konradhöhe, Jorsfelde: Scharfenberger Str. 30, Restaurant Schwan.
Für Tegel mit Gutsbezirk Jungfernhöhe, Saatwinkel, Schloß Tegel, Tegel-Forst-Nord, Tegel, Beifstr. 5, Rathaus, Zimmer 44.

Mißfarbene Zähne

Beigeschmack ist. Chlorodont steht darin unmöglich da und ist daher mit Recht von Millionen als tägliches Zahnpflegemittel im Gebrauch.

entstellen das schönste Anstiz. Ubler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die Zahnpaste Chlorodont, wirksam unterstützt durch Chlorodont-Mundwasser. Achten Sie auf das herrlich erfrischende Pfefferminzaroma, das frei von jedem tranigen oder selbigen

Umsatzsteuer, Reichsfinanzen und Wirtschaftslage

Wie wirkt der Abbau der Umsatzsteuer?

Neben der Lohnsteuer ist die Umsatzsteuer gegenwärtig die wichtigste und ertragreichste Reichssteuer. Als Kriegsteuer im Jahre 1916 mit dem niedrigen Satz von 0,1 Proz. eingeführt, wurde sie 1918 auf 0,5 Proz. erhöht. Am 1. Januar 1920 erfolgte die Erhöhung auf 1 Proz., der 1922 und 1923 weitere Erhöhungen bis auf 2 1/2 Proz. folgten. Am 1. Oktober 1924 setzte der Abbau der Umsatzsteuer ein. Sie wurde zunächst auf 2 Proz. ermäßigt. Am 1. Januar 1925 erfolgte die Ermäßigung auf 1 1/2, am 1. Oktober 1925 auf 1 Proz. Im Rechnungsjahr 1924 (April 1924 bis März 1925) brachte die Umsatzsteuer einen Ertrag von 1798 Millionen, in den ersten zehn Monaten des Rechnungsjahres 1925 einen Ertrag von 1198 Millionen. Sie bleibt also nur um wenige Millionen hinter dem Ertrag der Lohnsteuer zurück, der sich in der gleichen Zeit auf 1207 Millionen Markt belief.

Die Umsatzsteuer wirkt aber weit unsozialer als die Lohnsteuer. Die Lohnsteuer knüpft an das Einkommen an und ist besonders in ihrer gegenwärtigen Form nach der Höhe des Einkommens abgestuft. Außerdem bleiben niedrige Einkommen (z. B. bei Ledigen 100 M. monatlich, bei Verheirateten mit 4 Kindern sogar 240 M. monatlich) vollkommen steuerfrei. Die Lohnsteuer nimmt also sowohl auf die Höhe des Einkommens wie auch auf die Größe der Familie Rücksicht, trägt also sozialen Erfordernissen Rechnung. Und da nach dem jüngst verabschiedeten Gesetz über die Vereinfachung der Lohnsteuer auch Vorzüge getroffen sind, daß zuviel entrichtete Lohnsteuer nach einem vereinfachten Verfahren zurück-erstattet wird, so ist das System der direkten Besteuerung des Lohn-einkommens gerechter als die rohe Form der indirekten Belastung durch die Besteuerung des Umlages.

Als 1916 die eigentliche Umsatzsteuer eingeführt wurde, wurde sie von der Sozialdemokratie heftig bekämpft und abgelehnt. Man erklärte sie als indirekte Steuer und „Massenverbrauchssteuer“ größten Stils, die auch vor der Belastung der allernotwendigsten Lebens-mittel nicht haltmache, und als eine rohe Steuer, weil sie nach nichts weiter als dem Umlage, nicht nach dem Gewinn, nicht nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung, nicht nach der Notwendigkeit, nicht nach der Entbehrlichkeit eines Umlages frage. Wenn die Sozial-demokratie trotzdem in der späteren Inflationszeit die Erhöhung der Umsatzsteuer billigte, so nur deshalb, weil sie ein kleineres Uebel war als die brutale Inflationssteuer. Die Sozialdemokratie hat aber nie einen Zweifel daran gelassen, daß in normalen Wirtschafts-zeiten eine hohe Umsatzsteuer wirtschaftlich ruins und sozial ver-derblich wirken müsse. Das ergibt sich zunächst aus der rohen Form der Umsatzsteuer.

Da sie von jedem Umlage erhoben wird, den die Ware von der Produktion bis zum letzten Verbraucher zurücklegt, so wirkt sie zweifellos stark vertuernd. Sie erschwert infolgedessen die Kon-turrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Weltmarkt und schädigt den Export. Sie schränkt aber auch den Inlandsverbrauch ein. Da-zu kommen die verhängnisvollen sozialen Wirkungen der Umsatz-steuer. Sie muß auch von dem Allerärmsten mitbezahlt werden und läßt kein noch so notwendiges Nahrungsmittel frei. Der ursprüng-lich vorgesehene Weg der Rückerstattung der Umsatz-steuer an Minderbemittelte und Kinderreiche hat sich als fast unmöglich erwiesen, so daß er nie praktisch ge-worden ist.

Es ist allerdings unverkennbar, daß die Befreiung einer Ver-brauchssteuer anders zu beurteilen ist als ihre Einführung. Bei der Einführung einer neuen oder der Erhöhung einer bestehenden Ver-brauchssteuer erfolgt stets eine Verteuerung der Waren. Denn die Verbrauchssteuer soll abgewälzt werden. Bei der Abschaffung oder der Ermäßigung einer Verbrauchssteuer kann eine Senkung der Warenpreise eintreten, sie ist aber nicht sicher, sondern hängt von den jeweiligen Marktverhältnissen, der Zoll- und Handelspolitik sowie der Kartellverhältnisse ab. Die etappenweise Ermäßigung der Umsatzsteuer von 2 1/2 Proz. am 1. Oktober 1924 auf 1 1/2 Proz. am 1. Januar 1925 und auf 1 Proz. am 1. Oktober 1925 hat sich keinesfalls voll in den Warenpreisen ausgewirkt. Sie hat jedoch zweifellos zur Entlastung der Wirtschaft beigetragen, viel-leicht auch ein Anziehen der Preise verhindert, so daß die Kon-sumenten doch einen gewissen Nutzen davon hatten. Ob die jetzt für den 1. April 1926 in Aussicht genommene Senkung der Umsatzsteuer auf 0,6 Proz. eine stärkere preisverbilligende Einwirkung haben wird als die bisherigen Senkungen mag zweifelhaft sein. Sie hängt in erster Linie davon ab, ob durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ebenfalls ein Druck auf die Preise ausgeübt wird. Immerhin wird man auch diese Ermäßigung der Umsatzsteuer als einen

Schritt zur Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse und zur Herstellung sozialer Steuerverhältnisse ansehen müssen. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn die Senkung der Umsatzsteuer die Stabilität der Reichsfinanzen nicht gefährdet und notwendige soziale Ausgaben nicht verhindert. Beides ist nicht an-zunehmen, zumal die Erfahrung lehrt, daß die Ermäßigung des Satzes der Umsatzsteuer keinen entsprechenden Steuerertrag zur Folge hat. Das geht ganz deutlich aus der folgenden Aufstellung hervor. In ihr sind, um einen zutreffenden Vergleich zu ermög-lichen, die jeweiligen Zahlungsmonate zu entsprechenden Quartalen zusammengezogen.

Es brachte die Umsatzsteuer:

in den Monaten	Steuerjahr	Aufkommen in Million M.	Steigerung (+) oder Minderung (-) des Aufkommens gegen das Vorvierteljahr
Februar—April 1924	2 1/2 %	378	
Mai—Juli	2 1/2 %	422	+ 11,6 %
August—Oktober	2 1/2 %	481	+ 14 %
November 1925—Jan. 1924	2 %	494	+ 8 %
Februar—April	1 1/2 %	377	- 24 %
Mai—Juli	1 1/2 %	380	+ 0,8 %
August—Oktober	1 1/2 %	389	+ 2,4 %
November 1925—Jan. 1926	1 %	292	- 25 %

Vergleicht man zunächst die aufeinanderfolgenden Vierteljahre miteinander, so ergibt sich folgendes Bild: Trotz der Ermäßigung des Steuerjahres im Oktober 1924 um ein Fünftel

steigt der Ertrag der Umsatzsteuer um 13 Millionen = 3 Proz. Die Ermäßigung des Steuerjahres um ein Viertel im Januar 1925 entspricht fast genau der Senkung des Aufkommens um 24 Proz. gegen das Vorvierteljahr. Die Ermäßigung um ein Drittel im Oktober 1925 hat aber ebenfalls nur eine Senkung des Aufkommens um ein Viertel hervorgerufen.

Vergleicht man die entsprechenden Vierteljahre jedes Jahres miteinander, so wird das Bild noch günstiger: 1. in den Monaten Februar bis April 1924 beträgt die Umsatzsteuer 2 1/2 Proz., in den gleichen Monaten des Jahres 1925 1 1/2 Proz. Trotz der Senkung des Steuerjahres zum zwei Fünftel ist das Aufkommen fast gleich, nämlich 377 Millionen gegenüber 378 Millionen; 2. in den Monaten Mai/Juli 1925 war der Steuerertrag ebenfalls um zwei Fünftel niedriger als in den gleichen Monaten 1924, das Aufkommen dagegen nur um 42 Millionen oder ein Zehntel; 3. in den Monaten August/Oktober 1925 war bei einer Senkung des Steuerjahres um zwei Fünftel das Aufkommen nur ein Fünftel niedriger als in der gleichen Zeit 1924 und 4. in den Monaten November 1925 bis Januar 1926 war der Steuerertrag von 2 Proz. in der Zeit November 1924 bis Januar 1925 auf 1 Proz., also um die Hälfte gesunken, während das Aufkommen nur um zwei Fünftel zurückging.

Zusammenfassend ergibt sich also: In den ersten drei Vierteljahren 1925 verminderte sich trotz der Senkung des Steuerjahres um 40 Proz. das Aufkommen nur um höchstens 20 Proz., also die Hälfte des rechnerischen Ausfalls. Im letzten Vierteljahr dagegen betrug bei einer Senkung des Steuerjahres auf die Hälfte der Einnahmeausfall 40 Proz., blieb also nur wenig hinter dem rechnerischen Ausfall zurück. In den ersten drei Viertel-jahren 1925 hatte die Senkung des Steuerjahres nur einen geringen Einfluß auf den Ertrag, im letzten Vierteljahr hat sie sich dagegen nahezu voll ausgewirkt. Dieses abweichende Ergebnis des letzten Vierteljahres hat aber nicht seine Ursache in der Senkung des Steuer-jahres, sondern ist durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen. Die Wirtschaftskrise hat zu einer starken Einschränkung des Umlages geführt und damit den Umsatzsteuerertrag mittelbar beeinträchtigt. Sie hat andererseits auch umfangreiche Stun-dungen an Umsatzsteuer notwendig gemacht.

Berücksichtigt man diese Umstände, so wird man annehmen können, daß bei normaler Wirtschaftslage die Senkung des Steuerjahres um die Hälfte auch im letzten Vierteljahr 1925 höchstens einen Ausfall von ein Viertel hervorgerufen hätte. Die Wirtschaftslage hat somit auf den Ertrag der Umsatzsteuer einen stärkeren Ein-fluß als die Senkung des Steuerjahres. Das ist auch bei der von der Regierung vorgeschlagenen Senkung des Steuerjahres auf 0,6 Proz. zu beachten. Ob und in welchem Maße sich diese Senkung im Ertrag der Umsatzsteuer auswirken wird, hängt in erster Linie von der Entwicklung der Wirtschaftslage ab.

Daher ist auch der von der Regierung vorgeschlagene Satz von 0,6 Proz. völlig willkürlich. Wenn die Regierung behauptet, sie könne aus finanziellen Erwägungen die Umsatzsteuer nicht auf 0,5 Proz. senken, so ist das eine ganz engherzige Anschauung, die sich nur auf den rein rechnerischen Ausfall stützt. Sie berück-sichtigt jedoch nicht, daß der künftige Ertrag der Umsatzsteuer in erster Linie von der Entwicklung der Wirtschaftslage bestimmt wird. Tritt die erwartete Besserung ein, und das ist doch der Sinn und Zweck der Senkung der Umsatzsteuer, dann wird wohl der finanzielle Aus-fall weit geringer sein als ihn die Regierung gegenwärtig errechnet.

An und für sich wäre es am zweckmäßigsten, wenn man die Umsatzsteuer überhaupt beseitigen würde. Dann könnte man mit viel größerer Sicherheit als bei einer teilweisen Senkung damit rechnen, daß die allgemeine Wirtschaftslage sich bessert und die Steuerentlastung zu einer Preisentlastung führt. Läßt sich aber die sofortige Beseitigung der Umsatzsteuer mit Rücksicht auf die steigenden Reparationslasten in den nächsten Jahren gegenwärtig nicht vertreten, dann muß die Senkung der Umsatzsteuer auf 0,5 Proz. erfolgen, damit überhaupt eine wirtschaftsverleichternde Wirkung von ihr ausgehen kann.

Reorganisation der preussischen Domänen!

Anlässlich der Etatsberatung ist dem Preussischen Landtag eine Denkschrift des Domänenpächterverbandes zuge-gangen, die neben einer Fülle interessanter Materials über die Lage der Domänenbetriebe an verstreuter Stelle einen Vorschlag enthält, dessen Durchführung von großer Bedeutung für die deutsche Agrarpolitik sein könnte. Die Lage der preussischen Domänenbetriebe in Ostdeutschland entspricht im großen und ganzen der Krise des ostelbischen Großgrundbesitzes überhaupt. Der Niedergang am Kartoffelmarkt, und der Sturz der Roggenpreise, die beide an sich noch nicht zu einer schweren Krise hätten zu führen brauchen, haben in Verbindung mit den Folgen der verfehlten Kreditpolitik der letzten zwei Jahre, die gegenüber der Landwirtschaft getrieben worden ist, zu einer Situation geführt, der gegenüber zahlreiche Betriebe lebensunfähig geworden sind. Auch die Domänenpächter sind von der Krise nicht verschont geblieben. Ein reichliches Sechstel aller ostelbischen Domänenpächter, 46 an der Zahl, hat in den letzten Jahren eine Verschuldung von über 70 Proz. des ihnen als einzige Sicherheit dienenden Inventars aufgenommen, die jetzt die Pächter daran hindert, sich die für die notwendig gewordenen Betriebsumstellungen er-forderlichen Kapitalien zu beschaffen. So sieht die Mehrzahl dieser Betriebe einem völligen Zusammenbruch entgegen, wenn nicht irgendwie eingegriffen wird.

Zu solchem Eingriff hat sich die Domänenverwaltung bisher nicht entschließen können, obgleich die Verschlechterung der Lage der Domänen ihr nicht wohl verborgen geblieben sein kann, obgleich schon vor zehn Wochen die Leitung des Domänenpächterverbandes auf die Notwendigkeit von durchgreifenden Maßnahmen zur Rettung der gefährdeten Betriebe hingewiesen hat. Man wird nicht lagen können, daß die preussische Domänenverwaltung ein rufter guter Verwaltung ist.

Jetzt, wo die kritische Lage der preussischen Finanzen eine besonders sorgfältige Behandlung des produktiven Staatseinkommens

notwendig macht, sucht man nach Auswegen. Hat man doch in den Etat noch unbenutzt eine Pachtermaßnahme eingelegt. Die weit über das hinausgeht, was die Domänenbetriebe bei der gegen-wärtigen Lage leisten können. Die Denkschrift des Domänen-pächterverbandes schlägt verschiedene Sanierungswege vor. Der wichtigste Vorschlag aber, den sein Vorstand schon im Dezember vorigen Jahres gemacht hat, ist in ihr nur noch andeutungsweise erwähnt. Während alle die jetzt vorgeschlagenen Wege mehr oder weniger große Opfer des Staates erfordern, hatte er damals einen Weg vorgeschlagen, der die Aussicht bot, aus den schon gewordenen Betrieben ein großes produktives Staatsunter-nehmen zu machen. Die übermäßig verschuldeten Betriebe sollten nun einer Betriebsgesellschaft des Staates und des Domänenpächterverbandes bzw. der genossenschaftlichen Domänen-bank übernommen und mit der Unterstützung der nach den Vor-schlägen von Professor Kereboe eingerichteten betriebswissenschaft-lichen Abteilung des Domänenpächterverbandes reorganisiert werden. Dieser Plan ist von der Domänenbank zurück gestellt worden, weil in der Domänenverwaltung sich der heftigste Wider-stand dagegen erhob, der seinen öffentlichen Ausdruck in einer recht unerfreulichen Pressekampagne in westdeutschen Zentrumsblättern fand. Statt dessen scheint man in der Domänenverwaltung jetzt den Plan sehr ernsthaft zu erwägen, die Güter durch ihren rein bürokratischen Apparat zu bewirtschaften.

Der Landtag wird gegenüber diesem Plane sehr vorsichtig sein müssen. Die Domänenverwaltung hat ihre Unfähigkeit ziemlich gründlich bewiesen; ihr jetzt die gefährdeten Betriebe anzuvertrauen, scheint ziemlich bedenklich zu sein. Dagegen enthält der Vor-schlag des Domänenpächterverbandes in seiner ursprünglichen Form Ansätze zu einer wirklich produktiven Bewirtschaftung des Domänen-besitzes und sollte bei den Staatsberatungen nicht ganz vergessen werden. Hier bietet sich eine Möglichkeit zu gründlicher Reorgani-sation der Betriebe. Sollte dieser Plan erfolgreich zur Durchführung gelangen, so würde es über den deutschen Osten hin bald eine verhältnismäßig große Zahl von gut geleiteten Muster-betrieben geben, die in der Praxis zeigen könnten, in welcher Richtung die Umstellung des landwirtschaftlichen Großbetriebes vor sich geben muß.

Große Arbeitslosigkeit — niedriger Fleischverbrauch. Der Reichsverband der deutschen Fleischwarenindustrie schreibt in seinem Bericht für den Monat Februar: Der Umlage der Fleischwaren-industrie hat sich im Berichtsmonat unter dem Druck der steigenden Arbeitslosenziffern nicht wesentlich heben können; aus einzelnen Bezirken werden weitere Umsatzzugänge gemeldet. Immerhin konnten bei äußerst gedrückten Preisen weitere Betriebsbeschränkungen größeren Umfangs im allgemeinen ver-mieden werden. Die Schweinepreise hielten sich mit Schwankungen auf ihrer ungerschätzten Höhe, dagegen gab die Darnpreise unter dem Druck der Verhältnisse erneut nach. Uebereinstimmend wird gemeldet, daß die Versorgung mit fetten, aus-gemästeten Schweinen Schwierigkeiten bereite. Die Klagen über schleppende Zahlungseingänge der Abnehmer halten an. Die Gelder müssen häufig gerichtlich eingetrieben werden und die Verluste an uneintreibbaren Außenständen sind nach wie vor groß. Alle Betriebe sind unter dem Druck scharfen gegenseitigen Wettbewerbs darauf bedacht, ihre Aufkosten durch Betriebsrationali-sierung und Vereinfachung sowie Verbilligung der Organisation zu mindern.

Der 300-Millionen-Kredit an Rußland und die Banken. Die Verhandlungen über den 300-Millionen-Kredit, der an den russischen Staat bzw. das Außenhandelsmonopol zur Finanzierung des Ein-kaufs von deutschen Industrieerzeugnissen gewährt werden soll, sind bisher wegen der unnothgiebigen Haltung der deutschen Banken in der Frage der Zinshöhe noch nicht zum Abschluß gelangt. Beteiligt sind 16 größere deutsche Banken, also neben den eigentlichen Groß-banken auch die führenden Institute der Provinz. Sie verlangen außer einem Zinssatz von 10 Proz. eine Provision in Höhe von 1 1/2 Proz. Die russischen Unterhändler bestreiten die Berechtigung einer solchen Extraprovision, die nur als Risikoprämie gedacht sein könne, da bei der Sicherheit des russischen Staates als Kredit-nnehmer überhaupt kein Risiko entstehen könne. Dieser Auffassung wird man sich weitgehend anschließen können. Ein Zinssatz für das große und kaum risikobringende russische Geschäft in Höhe von 11 1/2 Proz. erscheint ganz unangebracht hoch, zumal das Reich eine Bürgschaft in Höhe von 35 Proz. der Kreditsummen und die Länder (voraussetzungsweise) eine weitere Bürgschaft in Höhe von 25 Proz. über-nehmen werden. Bei einem Reichsbankdiskont von 8 Proz. bietet also das Kreditgeschäft nach Rußland den Banken eine Verdien-sterpanne von 3 1/2 Proz., die als ungeheuer groß zu be-zichnen ist. Man kann in der Frage der Exportförderung durch Subventionen, staatliche Bürgschaften usw. sicherlich verschiedener Meinung sein — es dürfte aber wohl nur eine Meinung darüber geben, daß Subventionen, wenn sie einmal gewährt werden, den Lieferfirmen und Exporteuren und nicht den vermittelnden Banken zufließen sollen!

Anzeichen einer Wirtschaftsbelebung. Die bisher nur geringen Fortschritte in der industriellen Beschäftigungslage, deren Vor-handensein aus dem Stillstand und leichten Rückgang der Arbeits-losenziffern hervorgeht, haben sich in den letzten Tagen weiter ver-stärkt. So hat Thyssen 3000 Bergarbeiter, die erst vor kurzem mit unbestimmter Dauer beurlaubt worden waren, auf den Nord-zeehen wieder eingestellt, da sich die Abfahrlage auf dem Kohlen-markt etwas gebessert habe (tatsächlich ist ein weiterer Rückgang der Halbenbestände zu verzeichnen). — Auch aus der Auto-mobilindustrie kommen, nach langer Zeit rückläufiger Be-schäftigung, erstmalig wieder günstigere Nachrichten. Die VWG. meldet, daß sie voll beschäftigt ist und weitere Arbeitskräfte ein-stellt; von der Interessengemeinschaft Daimler-Benz wird über be-friedigende Entwicklung der Geschäftslage berichtet. Mehrliche Meldungen kommen aus der Röhrenindustrie und vereinzelt auch aus Konsumindustrien.

Gegen die Praxis der amerikanischen Zollverwaltung, die durch ein Heer von Agenten diejenigen Firmen in Europa kon-trollieren läßt, die nach den Vereinigten Staaten expor-tieren, wendet sich ein Protest der französischen Außenhandelsorganisationen. An die Regierung wird das Ersuchen gerichtet, diese Frage in Genf zur Sprache zu bringen und sich dafür einzusetzen, daß die vom Völkerverbund in Aussicht genommene Wirtschaftskonferenz damit befaßt wird.



Zubehör Zigaretten

haben reine Friedensqualität



Statistik im Haushaltsauschuss.

Die Ueberfremdung der Wirtschaft. — Das Budget des Arbeiters, Handwerk und Staatswirtschaft. — Abbau des Landwirtschaftsministeriums?

In der Mittwochssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die Einzelberatung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums erledigt. Es wurde eine deutschnationale Entschliessung angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, Beobachtungen anzustellen und zu sammeln, welche für den Grad der Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft Anhaltspunkte geben, und dem Ausschuss für den Reichshaushalt Auskunft zu geben. Weiter beschloss der Ausschuss auf Antrag des Abgeordneten von Raumer, die Reichsregierung zu ersuchen, die Vereinigung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit dem Reichswirtschaftsministerium vorzubereiten.

Eine längere Debatte entspann sich beim Statistischen Reichsamte. Hier kritisierte der Abgeordnete Dr. Lejeune (Dnat.) die gegenwärtige auszugewählte Veröffentlichung von Produktionszahlen in der vom Statistischen Reichsamte herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, die zu falschen Schlüssen des Reparationsagenten über die deutsche Wirtschaftslage geführt habe. Abg. Henning (Völk.) unterstützte die Ausführungen. Gen. Dr. Hüfing trat den Vorrednern entgegen und erklärte, machten wir die beanstandeten Berechnungen nicht, so wie es unser Amt tue, so täten es die Statistiker der Entente und Amerikas ganz sicher. Man brauchte eben beide Zahlen. Der Präsident des Statistischen Reichsamts, Dr. Wagemann, führte die wissenschaftliche Gründe an, die zu der Praxis des Statistischen Amtes geführt hätten und teilte mit, man habe in Gen. allgemein anerkannt, daß die deutsche Statistik unparteiisch und richtig sei. Abg. Neubauer (Komm.) übte Kritik an den Lebenshaltungsberechnungen und machte Verbesserungsvorschläge. Neu bewilligt wurden 2 Millionen für eine Statistik der Finanzen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Durch diese Statistik solle auch das wachsende Vermögen von Ländern und Kommunen nach ihren Anlagewerten erfasst werden. Angenommen wurde eine Entschliessung der kommunistischen Mitglieder: die Regierung zu ersuchen, eine Erhebung über den wirklichen Haushalt minderbemittelter Familien im Deutschen Reich (Arbeiter-Budget) vorzunehmen. Die Richtlinien für diese Erhebung sind dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss vorzulegen. Ferner wurde eine deutschnationale Entschliessung zum Beschluß erhoben, nach der eine Erhebung über den Anteil des deutschen Handwerks an der Staatswirtschaft und an der beruflichen Zusammensetzung des Volkes veranstaltet werden sollte.

Beim Kapitel Reichskommissariat für die Kohlenverteilung brachte Gen. Krähig zahlreiche Beschwerden von Bewohnern über die Art der Belieferung mit Kohlen vor. Von der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum lag ein Antrag vor, das ganze Kapitel zu streichen. Der Kohlenkommissar sei der letzte und gänzlich überflüssige Rest der Zwangswirtschaft und gehöre in den Ortus. Der Antrag wurde zurückgezogen, nachdem der Minister erklärt hatte, der Reichskohlenkommissar würde noch im Laufe des Etatsjahres 1926 abgebaut werden.

Gemeinschaft des Reichstags.

Untersuchungsbeginn. — Akten und Denkschriften.

Der Gemeinschaft des Reichstags hielt am Mittwoch eine kurze öffentliche Sitzung ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß dem Ausschuss noch nicht alles angeforderte Material zugegangen sei. Hauptächlich fehle auch noch die Denkschrift des preussischen Innenministers, die, wie Minister Severing mitgeteilt habe, sehr umfangreich sein und etwa in einer Woche gedruckt vorliegen werde. Auf die Ersuchen an die Länder um Bereitstellung von Material für die Ausschussberatungen seien zum größten Teile Fehlanzeigen erfolgt. Die Oberreichsanwaltschaft und das Reichsstaatsministerium haben etwa 15 Bände Akten über bereits abgeschlossene Fälle, die mit dem Femanorden direkt oder indirekt in Verbindung stehen und u. a. den Rüstler Busch und den Barchimer Rodt betreffen, zur Verfügung gestellt. Auch der Fall Grüttelbecker liegt in seinem Aktenmaterial dem Ausschuss bereits vor.

Ueber das Kapitel „Schwarze Reichswehr“ hat der Reichswehrminister Dr. Gehler eine Denkschrift unterbreitet, in der er u. a. ausführt: Mit dieser Angelegenheit Organisation und auf dem Wege über die in den Jahren 1922/23 gebildeten Arbeitstruppen des Wehkreiskommandos III wiederholt auch Dienststellen des Reichsheeres in Beziehung gebracht worden. Die Truppe — aus der Rot von Ausnahmeverhältnissen ent-

Öffentliche Frauenkundgebungen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Heute, Donnerstag, den 11. März:

Wedding: abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim des Ledigenheims, Schönstedtstr. 1. Rednerin: Frau Stadträtin Klara Wegl. — Musik — Rezitationen.
Charlottenburg: abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Schüler-Realschuliums, Schillerstr. 26. Redner: Pfarrer Steier. — Musikalische Darbietungen.
Trepow: abends 7 1/2 Uhr in der Schule Widenbruchstr. 15. Rednerin: Frau Marie Kunert, M. d. L. — Chorgesang.
Reinickendorf-Tegel: abends 7 1/2 Uhr im „Strandloch“, Tegel. Rednerin: Frau Mathilde Wurm, M. d. R. — Musikalische Darbietungen.

Morgen, Freitag, den 12. März:

Brenzlarer Berg: abends 7 1/2 Uhr in den Bruchfäden am Märchenbrunnen, früher Schweizergarten, unweit des Königstors. Rednerin: Stadtverordnete Rimma Lodenhagen, Frau Fels-Brüffel. — Gesang, Tanz.
Friedrichshain: abends 7 1/2 Uhr in Schmidts Festfäden, Fruchtstraße 36a. Rednerin: Regierungsrätin Hedwig Wachenheim, Irene Kirpal-Tschepkollomaki. — Rezitationen und Volkstänze der Jugend.
Tiergarten: abends 7 1/2 Uhr in Artushof, Verlegerer Straße 29. Rednerin: Clara Bohm-Schuch, M. d. R. und Frau Lilianus-Amsterdam. — Chorgesang — Rezitationen — Vieder zur Laute.
Nieder- und Oberschöneweide: abends 7 1/2 Uhr in der Aula Berliner Straße 31 in Riederhöhenweide. Rednerin: Marie Juchacz, M. d. R. und Frau Floßmann-Bien. — Musik — Rezitationen — Gesang.
Weihensee: abends 7 1/2 Uhr in den Borussia-Festfäden, Berliner Allee. Rednerin: Mathilde Wurm, M. d. R. — Rezitationen — Musikalische Darbietungen der Jugend.

standen — sind seit Oktober 1923 aufgelöst. Dieser Gedanke ist vielfach verlorengegangen. Ueberhaupt haben die bisherigen Erörterungen eher zu einer Vermischung als zu einer Klärung des wahren Tatbestandes geführt. Der Zweck der Denkschrift sei, restlose Klarheit zu schaffen. Der an sich reichlich unklar und geheimnisvoll anmutende Begriff „Schwarze Reichswehr“ stamme ursprünglich von deutschösterreichischer Seite. In Uebereinstimmung mit dem Herrn Chef der Heeresleitung sind die Behauptungen, daß es sich dabei um militärische Formationen außerhalb der Reichswehr handele, Behauptungen, die außen- wie innenpolitisch die größten Gefahren in sich bergen mußten, stets entschieden abgelehnt worden. Der Generaloberst v. Seckt habe die von rechtsradikaler Seite gefommene Anregung der Bildung einer solchen Schwarzen Reichswehr ebenso in scharfer Form zurückgewiesen wie die aus Kreisen der Linken kommende „Schwarzrotgoldene“ Bataillone aufzustellen.

Weiter ist dem Ausschuss eine Denkschrift des Reichsinnenministers zugegangen. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich der Ausschuss. In etwa einer Woche wird voraussichtlich wieder eine öffentliche Sitzung stattfinden.

Die Hausgewalt der Untersuchungsausschüsse.

Der Gemeinschaft des Landtags nahm in einer nicht-öffentlichen Sitzung am Mittwochmorgen eingehend Stellung zu dem gemeinsamen Gutachten des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums über die Strafverurteilung des Untersuchungsausschusses. Es handelt sich insbesondere um die Frage, wie man gegenüber Zeugen, die sich ungeschworen verweigern, vorgehen hat, sowie gegen solche, die ihre Aussage verweigern. Für den ersten Fall wird in dem Gutachten die Anwendung der Hausgewalt, für den zweiten Fall die Anwendung aller Strafbestimmungen aus der Strafprozessordnung für gegeben erachtet. Der Ausschuss war sich darin einig, daß für die Erfüllung der gesetzgeberischen oder geschäftsordnungsmäßigen Aufgaben dieser Ausschuss nicht zuständig sei. Es müsse entweder eine Regelung im Wege der Gesetzgebung erfolgen oder die Angelegenheit an den Verfassungsausschuss überwiesen werden.

Der Ausschuss beschloß dann, die Vernehmung der Zeugen Schutz und Rapproth am Sonnabend in Moabit durch einen lebendigen Ausschuss vorzunehmen. Jede Fraktion soll

ein Mitglied stellen. Außerdem wurde beschlossen, der Grundfrage des Gutachtens beizutreten, und zwar stimmte der Ausschuss dem Standpunkt des Gutachtens ungeschworen Zeugen gegenüber mit 13 gegen 2 und hinsichtlich der Zeugnisverweigerung mit 8 gegen 7 Stimmen zu.

Jugendveranstaltungen.

Verkehrsleiter und Verkehrslehre. Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, wichtige Sitzung in der Juristischen Sprechstube, Lindenstr. 3, 1. Hof links vom Hauptausgang. Die Verkehrsleiter der Verkehrsprogramme für April ab. Karten zur Prekatorischen Freireise am Sonntag, 11. März, sind zum ermäßigten Preise im Jugendsekretariat erhältlich. Gleichfalls Karten zum Besuch der Verein Sozialistischen Hochschule am Sonnabend, 12. März, im Herrenhaus.
Anmeldungen zum Oberkurs bis spätestens 12. März im Jugendsekretariat.
Wandbilder-Arbeitsgemeinschaft: Freitag, 12. März, pünktlich 7 1/2 Uhr, Ausprobieren: „Unser Banner“ und Jugendherbergsarbeiten.

Heute, Donnerstag, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr:

Schönhauser Vorstadt: 17 Uhr, 17. März, abends 7 1/2 Uhr im Querschnitt Lindenstr. 3. Ausprobieren: „Kollektoren — Mädchen — abstinenz“. Referent: Genosse Bruno Reumann. Nach dem 7 1/2 Uhr im Zellaum: Befragung der Oberlehrer. Referent von den interessierten Lehrern: teilnehmend darf fehlen. Freitag: Im Zellaum des Jugendheims Lindenstr. 3, 1. Hof links vom Hauptausgang. Referent: Genosse Bruno Reumann. — „Sängerchor: Rathaus Berkaer Platz. Vortrag: „Arbeiterleben, Rache und Religion“.
Verkehrsleiter: Probe des Verkehrsleiters „Der erste Tag“ im Jugendheim Ranner Straße. Geselligkeit und Gesangs-Vorstellung zum 50. Geburtstag des Verkehrsleiters.

Verkehrsleiter: Alle Genossen beteiligen sich an der Demonstration bei Partei am Sonnabend, 12. März. Treffpunkt 1/2 Uhr an der Fontanepromenade. Fahnen und Musikinstrumente sind mitzubringen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Langsam ansteigende Tagestemperaturen, nach leichter Frost, zunehmende Aufhellung. — Für Deutschland. Im äußersten Osten noch Niederschläge in Schauern, im übrigen Deutschland ziemlich heiter, vielfach leichter Nachtfrost.

Gumpert's Pulproin 4

Eduard Süsskind's

Drei Rote-Wein-Wochen vom 1. — 20. März 1926
200 000 Liter

Obst-, Süd- und Bordeaux-Weine

Apfel- u. Heidelbeerwein	Ltr. 0.87
Fruchtw Wein, Malagatyp	„ 0.84
Johannisbeerwein	„ 0.96
Kirsch- u. Stachelbeerwein	„ 1.02
Erdbeerwein	„ 1.44
Tarragona, echt, unverschn.	„ 1.38
Malaga, „	„ 1.68
Samos, „	„ 1.92
douro Portwein	„ 2.52

Kein „Sanato“ (nach nicht) Ltr. 2.64
Krankheits- „Sanato“ (nach nicht) nur
zum Einführungspreis
edel, kräftig, süß

Montagne Fl. 0.85, Ltr. 1.08

Feinster Burgunder statt 2.50, Fl. 1.44

Feinste Bordeaux-Weine, 1919-21, Ltr. 1.95

Süßkinds Speziallitr 35%, nur Ltr. 3.40

Ausschank vom Fass

Kostproben gratis / Kostproben gratis

Auf Spirituosen trotz meiner

alle billigen Preise

u. anerkannter Qualität extra 5% Rabatt

Alles inklusive Steuer ohne Glas

Kein Lager-Abgabe — nur den Prinzipalitäten

Likör-Fabrik u. Weingroßhandlung

Hauptgeschäft: Brunnenstr. 42-43

Berlin N: Chausseestraße 76

Berlin N: Müllerstraße 144

Berlin O: Koppenstraße 87

Berlin SO: Grünauer Str. 15

Moabit: Wilsnacker Str. 25

Steglitz: Schloßstraße 121

Neukölln: Berliner Str. 13

Neueste Frühjahrskleidung

Ueberragende Qualitäten — Billigste Preisbemessung

Herrenmäntel	Ulster- und Schlüsselform, aus modernen haltbaren Stoffen	42.—	Windjacken	a. imprägn. Stoffen f. Damen 10.—, für Herren 7.—, für Jünglinge	6.75
Herren-Spezial-Ulster	a. farb. Wollschot u. Gabardinstoffen	55.—	Motorradkombinationen	imprägniert	22.—
Herren-Ulster	neue Formen, Stoffe in vornehmem Kammgarncharakter aus Diag.-Gabard.	60.—	Ledersportjacken	braun 95.—, schwarz	65.—
Eleg. Frühjahrsmantel	mit latext. Absteife für Damen und Herren, vorzögl.	70.—	Lodenanzug	der praktische Wandanzug	24.—
Spezial-Gummimantel	Gummierung, in eigen. Werken sorgf. verarb.	17.—	Lodenmäntel	aus imprägniert. Strichloden, f. Damen 18.—, f. Herren von	15.— an
Damen-Gabardinemantel	imprägn. feste Formen 52.—	42.—	Chauffeuranzüge	a. grauem oder modisarb. Nord, mit Breeches oder	55.—
Herren-Gabardinemantel	imprägniert	55.—	Chauffeurmäntel	a. grauem Duffel, warm gef., Kermelwindchutz von	69.— an
Herren-Takkoanzüge	moderne Farben u. Formen	33.—	Knabenanzüge	orig. Kieler Form a. blauem Moitonschot, m. Uebertrag. und Kermelstiderel, Hufe gefüttert, 0/7	16.—
Spezial-Herrenanzüge	a. Gabardinstoffen	55.—	Zephir-Oberhemden	vorzügliche Quallt., mit 2 Rag. u. Klappmansch.	5.50
Blaue Takkoanzüge	für Herren aus reinwollen. Kammgarn	75.—	Herren-Rappa-Handschuh		3.75
Sportanzüge	a. gemustert. Stoffen m. Breeches	24.—	Sweater	weiß, reine Wolle, hervorrag. Qualität	15.—
Manchester-Sportanzüge	l. verschiedenen Farb. u. Form.	36.—	Herren-Hüte	Frühjahrsmodelle	von 2.50 an
4teileriger Sportanzug	a. Homespun, Salko gefüttert, Weste, Breeches und lange Hufe	48.—			

Einfegnungs- und Prüfungsanzüge von 21.— an

Unsere Kostbarer Spezialhufe für jede Figur vorrät. nur 14.—

Baer Sohn A. & G.

nur Chausseestraße 29-30, Untergrundb. Stelliner Bahnhof
Eigene Kleiderwerke und Gummimantelfabrik

Windjacken u. Gummimantel f. Knab. u. Mädch.



Bei den echten Samaritern.

Von Myriam Harry.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Diga Sigall.

Zum letztenmal kommen wir an den mit Türmen versehenen grauen Stadtmauern vorbei und lassen das ungefüge Damaskustor hinter uns.

In der rosiggen Morgenämmerung verschwindet nur allzu schnell das heilige Jerusalem, dann die nichtsagende moderne Stadt, der Stopus mit seinem Militärfriedhof, wo im Angesicht der ewigen Stadt zehntausend Kämpfer aller Bekenntnisse schlafen; der plumpe schiefergedeckte Turm hoch oben auf dem Berg stört die Harmonie dieser heiteren Landschaft durch seine mittelalterliche Dürstheit.

Unmittelbar darauf beginnt die Wüste, die steinige Einöde, diese geheimnisvoll-undurchdringliche Starrheit, dieser tiefe, unheil-schwangere Schlaf, in den dieser gottgeweihte Boden zu versinken scheint, sobald die Wohnsige der Menschen aufhören.

Man könnte in der Tat, der jüdischen Uebersetzung gemäß, annehmen, dieses Land sei seelenlos, seine Seele wäre entflohen, von dem Volke Israel nach den Orten seiner Verbannung entführt.

Die schöne und breite Landstraße indes ist ganz erfüllt von Erinnerungen. Vormalig eine römische Straße nach Neapolis, deren Pflaster noch erkennbar ist, sah sie Abraham porüberziehen und seine Herden, Jakob auf der Flucht vor Esau, die heilige Bundeslade, von den zwölf Stämmen umgeben, das eindringende Assyrien, die Gefangenen Babels und — das Kind Jesus, das mit seinen Eltern hinaufging gen Jerusalem, da das Osterfest zu feiern.

Auf eben dieser Straße nimmt Paulus, „der noch schwante mit Drohen und Worten“, seinen Weg nach Damaskus, Titus rückt heran zur Zerstörung, und nach ihm erfüllen soundsoviel Eroberer, bis zur Vernichtung, die Drohungen des Herrn der Heerscharren.

Und als ob dieses Land nicht genügend vom Lärm der Waffen geklirrt hätte, erbebt es wiederum vor kurzem von dem Getöse der Wagen und Reiter; englische Artillerie, arabische Reiter setzten den deutsch-türkischen Truppen nach, vernichteten sie nach neunmonatigem Zögern völlig und stürzten sie in das Tal des Jordans, das seitdem, ein neues Tal Josaphat, den Namen „Schlund des Todes“ führt.

Und unser Automobil rollt vorwärts, munter rollt es durch die schiffsfahrerische Landschaft, gelangt von Judas Erbe zu Ephraims Erbe, bei einer unirdischen Beleuchtung, in einer durchsichtigen Luft, von Schwärmen umflattert, die, jubelnde, freudetrunkene Botinnen, sich von uns zum Himmel aufschwingen.

Und da ist Tama, wo die Prophetin Deborah unter einer Palme Recht sprach. Gibeon. „Sonne, stehe still bei Gibeon, und du, Mond, über dem Tal Aijalon.“ Beisel und seine Himmelsleiter, Rizzo, der Versammlungsort der Propheten; Silo, wo ehemals die Stiefelhütte stand und der Ewig zwischen den Cheruben der Bundeslade thronte, wo die zwischen den Weinbergen verborgenen Benjaminiten die um die Erstlinge tanzenden hebräischen Jungfrauen raubten.

Tatsächlich blieb nichts von diesen Orten bestehen. Höchstens etliche unerkennliche Trümmer, schwarze Steinhaufen zwischen den Steinen, behauene Blöcke zwischen unbehauenen, weit eher eine poetische Vorstellung, eine biblische Erinnerung, als eine Wirklichkeit.

Wirklich indes, wenn auch unsahbar, ist der Sauber des Himmels, die Klarheit des Horizonts und die so hellstrahlende Klarheit der Luft, daß das heilige Buch Sohar sie den über Judäas Boden verstreuten Atomen der Propheten zuschrieb. Aus demselben Grunde erfüllt uns gemäß auch diese Fröhllichkeit des Herzens, diese tiefe und beseligende Liebe zu dieser lichtschimmernden, trostlosen Landschaft.

Bläulich erheben sich in großer Höhe vor uns zwei Gipfel, der Garizim und der Ebal — Hörner des Stiers oder des Rondes? — die den heiligen Berg von Samaria trönen.

Infern der Landstraße ein weißes Bauwerk, der Brunnen, an dem die Samariterin einen Trunk Wasser gegen das ewige Reich eintauschte; und ein irdisches Königreich, ein zeitliches Paradies, eine saubere Dosis erschleicht sich am Fuße des Doppelberges, ein Tal frischen Grüns, in dem eine Stadt von blendender Weiße, die denkbar mollensüßste Stadt, eingebettet ist, ein Gewoge jungfräulicher Kuppeln zwischen gewaltig sich vordrängenden spitzigen Minaretts.

Es ist die Flavia-Neapolis, das arabische Rabulus, unter den Verlichteten Palastinas die einzige, die ihren hebräischen Namen ihres römischen Namens wegen aufgab; es ist das gögendenerische Sichern der Könige Israels.

Es fehlt an Zeit, die Stadt zu erforschen. Wir durchstreifen nur die Gäßchen mit den spitzigen Gewölben und den, wie in Jerusalem, abschüssigen Pflastersteinen, wo ein lebhafter Handel getrieben wird mit den Beduinen aus dem Transjordanland, ausgezogen durch ihre düstere Würde und den edlen Fluß der Bemessungen in ihren lose wallenden Gewändern und ihren wie aus Schürzen geflochtenen Kopfbedeckungen. Zwischen der farbigen Menge tauchen trotzdem viele Uebertröde und Tarbusche aus Konstantinopel auf; Abgeordnete, Volksovertreter, Geheimagenten, denn Rabulus ist, gleich dem ehemaligen Sichern, ein bedeutendes Zentrum politischer Kontakte und Anschläge.

Uns aber liegt nur daran, die echten Samariter kennen zu lernen, diese festfame Gemeinde, diese von Geheimnis umwobene handvoll Leute, die seit mehr als zweitausendfünfhundert Jahren, verbannt und ausgestoßen von den Völkern und Religionen, in ihrer Ueberlieferung erstarrt, angekommen an den Hang ihres Berges, leben, keinen Zusammenhang mit der Stadt, ebensowenig wie mit dem Leben haben.

Von den zwanzigtausend aus den Zeiten Belpasians sind nur einhundertfünfzig geblieben, Abkömmlinge jener chaldäischen Ansiedler, die Salmanaasar aus Kutha, Awa und Sepharvaim schickte. Sie kamen an mit ihrer Sprache, ihren Göttern, ihren Priestern. Aber Löwen verschlangen sie. Weil sie nicht wissen der Gottheit des Landes zu dienen,“ sagte der König und schickte ihnen unter den Gefangenen Jerusalems ausgewählte Priester. Seitdem beteten sie zu dem Gotte Israels, ohne aufzuhören, ihre Götter anzubeten, und als die von den Hlern des Euphrat zurückkehrenden Juden es aus diesem Grunde den Samaritern verwehrten, an dem Wiederaufbau des Tempels teilzunehmen, errichteten sie einen eigenen auf dem Garizim, in dem sie widersprechende gottesdienstliche Gebräuche verrichten. Heutzutage rufen sie nur Jehova an, anerkennen aber nur einen einzigen Propheten: Moses, ein einziges Buch: die Thora und sind dauernd aus der Gemeinschaft der übrigen Juden ausgeschlossen.

Wir finden diese Ueberlebenden an ihrer hochgelegenen, am Ende der Stadt stoffelorange emporflimmenden Zufluchtsstätte, in vielleicht dreißig, eines das andere überragenden Häusern, die durch kunstlose Stufen miteinander in Verbindung stehen. Sie sind von großer Sauberkeit, die Mauern mit Ralf geweißt, die Höfe gewaschen, und über das wie eine Lochstickerie durchbrochene Steingewölbe neigen sich hängende Gärten, in denen aus zerbrochenen Krügen Reifen, Basilikum und Minze Wohlgerüche verdrängen.

Die Synagoge ist einfach, ein Hof und zwei gewölbte Räume, von denen der eine dem rot ketzerbantigen Hohenpriester als Empfangsraum dient, und der zweite, durch eine alte Gardine geteilt, das Allerheiligste vor den Blicken der Ungeweihten verbirgt. Drei junge Leviten holen eine Doppelrolle aus altem aus Olivenholzwalzen ausgeformtem Pergament für uns heraus, die heilige Thora, in samaritanischen Schriftcharakteren, von der sie behaupten, sie reiche über zwanzig Jahrhunderte zurück.

Diese Leviten selbst, in ihren weißen Gewändern und roten Turbanen, reichen ohne Zweifel bis in jene Zeiten zurück. Ihre bleichen schmalen Gesichter mit den vor Feinheit wie abgenutzten Zügen, den großen, wie mit Schmelz belegten Augen stammen augenscheinlich aus Babylon; ebenso könnten ihre langgliedrigen, weichen und lässigen, gleichsam gelenklosen Körper den mystischen Tänzern aus dem alten Chaldäa angehören.

Diese drei Leviten fordern uns auf, ihr Haus zu besichtigen. Es ist voller Reiz mit seinem von einem Zitronenbaum beschatteten Hof; — welche schimmernde Leuchtkraft der goldenen Bäume zwischen den steinernen Bürceln! — und sein Altan, auf dem die in das blaue Kleid der Festschmitten geküllten Frauen gedörrten Weizen auf riesigen Strohmatten trocknen lassen.

Sie können uns weder Kaffee noch Wasser anbieten, da sie genötigt wären, das Gefäß zu zerbrechen, aus dem wir tranken, aber sie schenken uns ihr Vertrauen.

Die Zwei am Wege.



Wem wollt Ihr geben? Entscheidet Euch!

Sie sind heiratslustig. Die samaritanischen Mädchen sind an Zahl geringer als die Araber, sie finden daher keine Frauen, da die übrigen Juden es ablehnen, eine Ehe mit ihnen einzugehen. Sie fühlen sich dadurch sehr unglücklich, und der Grund ihres bekümmerten und sehnsuchtsvollen Aussehens ist mir nun klar.

„Man könnte eine Heiratsannonce in die Zeitungen einrücken,“ sage ich im Scherz.

„Ja, ja, schreiben Sie, schreiben Sie!“ ruft auf arabisch der längste und schmadendste der drei. „Ach ja, schreiben Sie an die Mädchen in Europa und Amerika! Oder besser noch, wenden Sie sich an Ihre Großmutter; denn wenn sie nur Geld schickten, um goldene Armbänder und seidene Kleider zu kaufen, würde ich unter den Roghebbinnen ganz sicher eine Frau finden. Nicht unserer Religion wegen, sondern weil wir arm sind, schlagen sie uns aus!“

„Wenn Sie aber eine Fremde heiraten, leidet die Reinheit Ihrer Rasse.“

Er macht eine gleichgültige Bewegung. Was liegt ihm an seiner Abstammung von Kutha, Awa und Sepharvaim angesichts seines Liebesehnsens! . . .

Oberhalb der kleinen durchbrochenen Mauer sehe ich einen ganz in Rot gekleideten Greis von einem Hof zu dem anderen, von einer Terrasse zu anderen gehen, der gegen seinen silberglänzenden Bart ein kleines Mädchen preßt, an deren Häubchen Amulette klirren.

„Sie ist krank . . . im Kapi,“ erklärt der liebestranke Levit, „das ist unser Großvater, der Rabbiner.“

Ja, gemäß, ich kann mir vorstellen, mit welchem sorgfamen Eifer, welcher behutsamen Zärtlichkeit man in diesem legerischen und entvölkerten Samarien die anderwärts so wenig beachteten kleinen Mädchen betreuen mag.

Kletterei nach dem höchst gelegenen Hause. Mit der Hand berühren wir fast den heiligen Berg, den der Garizim überragt, von dem aus Josua von sechs aus den sechs Stämmen erwählten Männern den von dem Ewigen gelobten Segen verkünden ließ, während sechs andere von dem gegenüberliegenden Ebal aus über das im Tale versammelte Volk Worte des Fluches sprachen, und das Volk mit „Amen“ antwortete.

Und zwischen den beiden Gipfeln ruhte die heilige Bundeslade. Heute ist keine Spur irgendeines Heiligtums mehr vorhanden. Aber dreimal jährlich steigen die Samariter hinan, um auf dem Gipfel des Garizim ihre Festlichkeiten zu begehen. Zu Ostern opfern sie sieben weiße Lämmer, die sie am Brandopferaltar verbrennen, tauchen ihre Hände in das Blut und nehen ihre Stirne damit.

„Wie schade, daß Sie nicht zum Osterabend hier waren,“ sagt zuvorkommend der vergebliche Brautwerber. „Ein Angefallter der Kinogefellschaft Pathe hat die ganze Festlichkeit gefilmt; Sie wären mit aufgenommen worden.“

Danke dafür! Rein, wirklich, dieser geheiligte Tänzer aus Assyrien ist mir zu modern! Aber ich liebe die kleine Stadt der Ausgestoßenen. Beide ich den Leviten und dem geklirnten Berg den Rücken, so sehe ich sie herabsteigen mit ihren Terrassen, gleich den Stufen einer von reizvollem Gewirr überwucherten Treppe, von Beinranken, durchbrochenen Gemäuer, Zitronenbäumen mit Sonnenrüdten, Granatbäumen mit glühenden Blüten; lebe die kleine Stadt der Spenster weiß und still niedergleiten wie einen Rückstrom zu den Wohnstätten der Menschen, hin zu diesem lebhaften, noch immer lieblichen Rabulus, mit seinen Kuppelbäuern, den spigen Türmen, seiner islamitischen Helle in einem Gewoge von Grün.

Schalom, Berge des Segens und des Fluches, Garizim und Ebal! Lebt wohl, wir fahren wieder fort; aber lange werden eure gemeinten Hörner uns verfolgen, — Hörner des Stiers oder Sichel des Rondes?

Vier Klassen Menschen.

Behört es auch unbestreitbar zu den wichtigsten Prinzipien des menschlichen Selbstbewußtseins, daß — zum mindesten in der Theorie — alle Menschen vor Gott, dem Gesetz und anderen mehr oder minder hohen Tribunalen gleich sind, so kann man sich doch nicht länger verheimlichen, daß dieses Prinzip vor dem Lichte der Wissenschaft nicht mehr standhält. Es ist nicht daran zu rütteln, daß es Menschen erster bis vierter Klasse gibt. Das einzig Tröstliche dabei ist, daß diese Klassifizierung nicht auch zugleich eine Wertung ist.

Die medizinische Wissenschaft hat im Laufe langwieriger Untersuchungen über die Möglichkeit und Technik von Blutübertragungen festgestellt, daß Blut nicht nur „ein ganz besonderer Saft“ ist, sondern daß es sehr wesentlich voneinander verschiedene Sorten dieses wertvollen Saftes gibt, die sich nur unter ganz bestimmten Umständen miteinander vertragen, wenn sie aus einem Körper in einen anderen hinübergeleitet werden. (Bluttransfusion.) Es ist noch nicht lange her, daß man vor solchen Bluttransfusionen sehr großen Respekt hatte und sie nur als alleräußerstes Mittel anwandte. Es passierte nämlich sehr häufig, daß die Patienten nach solchen Uebertragungen an einer Auflösung der Blutkörperchen starben. Bei den Sektionen zeigte sich dann, daß das eigene Blut durch das fremde Blut vergiftet worden war.

Seltenerweise treten solche Blutvergiftungen sehr häufig gerade dann ein, wenn Blutserum dem Patienten ihr Blut spenden. Man hat, um die diesen Erscheinungen zugrunde liegenden Beziehungen klar zu stellen, vielfältige Laboratoriumsversuche mit Tausenden von Blutproben gemacht. Dabei ist man zu dem Resultat gekommen, daß es vier Gruppen von Blutarten gibt. Ueber die inneren Zusammenhänge dieser Blutverschiedenheit hat man vorläufig nichts feststellen können. Bemerkenswert ist höchstens, daß die meisten Blutarten der Gruppe II angehören. Ueherit interessant sind nun die Gesetze, nach denen Blutübertragungen vollzogen werden müssen. Die Gruppe I ist anscheinend die Widerstandsfähigste, denn sie verträgt das Blut sämtlicher anderen Gruppen, dagegen ist Gruppe IV äußerst empfindlich gegen die übrigen Blutarten, so daß Gruppe II und III nur Gruppe I Blut transfundieren können. Verstöße gegen diese Gesetzmäßigkeit rächen sich sofort durch die eingangs gekennzeichneten Folgen.

In Amerika und England hat man diese Entdeckungen bereits in der Weise ausgewertet, daß sich jedes bedenkliche Pajarett und die größeren Kliniken stets Angehörige aller dieser Gruppen vorgemerkt halten, so daß bei eintretenden Bedarfsfällen die Blutübertragung ohne weiteres vollzogen werden kann.

Von Kreisel und Marmeln.

Mit dem nahenden Frühling kommen wieder die unverwundlichen Lieblingspiele der Strohenjugend, der Kreisel und die Marmeln, in Uebung. Sie sind, was wenig bekannt sein dürfte, schon viele Jahrhunderte alt. Eines der ehrwürdigsten Spielzeuge überhaupt ist der mit der Peitsche angetriebene Kreisel oder „Brummtop“, den nicht nur die alten Römer kannten; — kein Geringerer als Virgil hat ihn sogar belungen! — man kann Exemplare aus altägyptischer Zeit in den Museen antreffen. In ganz Europa bis nach Ostafrika und Amerika kann man ihn finden, und selbst die lärmstrotzen Neger haben ihre flachen, scheibenförmigen oder aus den Bodenstücken großer Rüsse verfertigten „Brummtreisel“.

Neueren Ursprungs, aber auch schon von stattlichem Alter, sind die Kugeln, mit denen sich die Jungen vergnügen, indem sie sie an den Bänden der Häuser unter Beobachtung aller irdischen Spielregeln dahinfließen lassen; der Preis gebührt dem, der die meisten Kugeln einheimst. In Wien heißt dieses Spiel „Kugelmäuerln“. Die ältesten Marmeln bestanden aus Marmor, wober vermutlich ihr Name stammt. Sie waren von jeher ein deutsches Erzeugnis; schon 1694 besaß eine alte Handelsnachricht, daß in diesem Jahre 23 Tonnen und 10 Fässer mit Marmorarmeln aus Deutschland nach England ausgeführt worden seien. Im Jahre 1743 gab es in Frankfurt eine Fabrik, in der die fränkischen „Schneidkugeln“ nicht nur aus Marmor, sondern später auch aus Tonfabrikmäßig hergestellt wurden. Diese fanden so reichlichen Absatz, daß man sich bald auch anderwärts mit ihrer Fabrikation befaßte; so nennt die Städtchronik von Groß-Almerode im Regierungsbezirk Kassel, wo sich große Tongruben befinden, 1798 bereits 21 Meister des Gewerbes der „Kugelmäuerln“, die die „Kugeln“ aus glasiertem Ton herstellten. Doch auch ein deutscher Dichter, Moritz August von Thümmel, diesem Kinderpielzeug seine Aufmerksamkeit schenkte und es 1795 in seiner die „Steinmühle“ genannten Fabrik in Koburg herstellen ließ, zeigt die große Beliebtheit dieses Gegenstandes. Die Glasindustrie in Lauscha fabrizierte 1849 zum erstenmal die bekannten schmanden, mit farbigem Glasfuch spiralförmig gefüllten durchsichtigen Glaskugeln, die schnell die bis dahin unter allen Marmeln als schönste und kostbarste angesehenen, aus Achat verfertigten Exemplare zu verdrängen wußten.

Zahllos sind die Namen, mit denen die „Spiellugeln“ im Lauf der Zeit bedacht worden sind: Marrel, Marmel, Marmel oder Murren in Norddeutschland, Kastors oder Kastehämmers in Niederdeutschland, Knippel, Klüder und Schnellkäuschen in Mitteldeutschland, und Schuller, Schüller und Schöffer in Süddeutschland.

Hans.

Von Ernz Büsing.

Hans, der Kanarienvogel, ist eine kleine, zwittrige, recht bewegliche Lustigkeit. Seine schwarzen, munteren Augen sind immer in Tätigkeit, sie erspähen nicht nur Brotkrumen, sondern selbst Atome von Abfällen, sobald sie für Vögel genießbar sind. Hans ist stets frehbereit, daher nimmt er Brot, Kartoffelstückchen und Zucker vom Finger. Da die Menschen meistens etwas eigenarrig in der Bewertung von Vögern sind, nennen sie seine vier Zutraulichkeit, Anhänglichkeit, ja selbst Treue. Somit behält Hans allerlei wertvolle, eingebildete Charaktereigenschaften. Ein Tag wurde, durch einen läppischen Zufall, zum Ereignis für Hans. Er ging spazieren und spiegelte sich plötzlich in dem blauen Reflektand seines Bauers. Da Hans durch und durch natürlich und daher nicht auf Trugbilder eingestellt ist, hielt er sein Selbstporträt für einen anderen Vogel. Sofort war er die reine Ueberfülle an Liebe. Er machte die hingebungsollsten Versuche, um den Artgenossen zu finden. Er lief hin und her, froh unter das Bauer, flatterte hoch, er suchte und suchte. Und immer wieder schnäbelte er sein glänzendes, aber kaltes Spiegelbild. Er war so wohlgenügt in Freundschaft, so sehnsüchtig verliebt, daß ein fühlender Mensch sehr starke Bedenken haben mußte, Hans für immer ohne Vogelgesellschaft zu lassen.

Wäglich sah Hans ein Stückchen Weißbrot. Natürlich froh er, und da das vor dem blauen Reflektand geschah, froh der Spiegelvogel selbstredend auch. Das brachte Hans in Aufregung. Er pickte und pickte, schimpfte zwischen durch ein grelles jiep, jiep“ und gab sich nicht eher zufrieden, bis das Brot restlos verzehrt war. Dann häupte er schwerfällig in sein Häuschen und sah ruhig auf dem obersten Stod, die Brust herausgedrückt, die Federn gestäubt wie die Borsten einer Bürste. Er hatte keine körperliche Aufnahme-fähigkeit bei weitem übersehen. Das Ergebnis war, der ganze Hans wurde eine große Beklemmung.

Und ich denke darüber nach, haben die Menschen nun etwas Vogelähnliches oder die Vögel etwas Menschliches?

